



Sitzungsniederschrift

Gremium	Rat
Sitzungstag	Montag, 23.11.2020
Sitzungsbeginn	17:40 Uhr
Sitzungsende	19:30 Uhr
Sitzungsort	Aula der Gesamtschule, Bultstraße 20, 59302 Oelde

Teilnehmende

Herr Norbert Austrup
Herr Achim Berkenkötter
Herr Wolfgang Bovekamp
Herr Antonius Brinkmann
Frau Nadine Diekmann
Herr André Drinkuth
Frau Andrea Geiger
Herr Daniel Hagemeier
Herr Peter Hellweg
Herr Winfried Kaup
Frau Birgit Klashinrichs
Herr Felix Knop
Frau Beatrix Koch
Herr Benito Kohaus
Frau Barbara Köß
Frau Hiltrud Krause
Herr Dirk Leifeld
Herr Sven Lilge
Herr Ludger Lücke
Herr Leo Lütke-Dörhoff
Frau Elisabeth Meinders-Koepfer
Herr Raphael Pichler
Herr Michael Poch
Herr Bernhard Poppenberg
Herr Ludger Reckmann
Herr Thorsten Retzlaff
Herr Niklas Ringhoff
Herr Juan-Francisco Rodriguez Ramos

Herr Frank Rumpold
Herr Uli Schwieder
Frau Maria Pia Scuderi
Herr Christoffer Siebert
Herr Peter Sonneborn
Frau Manuela Steuer
Herr Markus Westbrock
Herr Florian Westerwalbesloh
Frau Anne Wiemeyer
Herr Ludger Wiesch gen. Borchert
Herr Michael Zummersch
Herr Arno Zurbrüggen

Verwaltung

Frau Heike Beckstedde
Herr Volker Combrink
Herr Michael Jathe
Herr André Leson
Herr Jakob Schmid
Frau Melanie Wiebusch

Schriftführerin

Frau Andrea Westenhorst

Inhaltsverzeichnis

Öffentliche Sitzung		Seite
1.	Einwohnerfragestunde	5
2.	Befangenheitserklärungen	5
3.	Vorstellung und Erläuterung der Betriebsabrechnung 2019 sowie der Gebührenkalkulation 2021	6
3.1.	Gebührenkalkulation 2021 für die Abfallentsorgung und Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung der Stadt Oelde B 2020/600/4655	8
3.2.	Gebührenkalkulation 2021 für die Stadtentwässerung und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Oelde B 2020/600/4659	9
4.	Satzungen und Verordnungen	9
4.1.	1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde B 2020/600/4666	9
4.2.	Änderung der Hauptsatzung der Stadt Oelde T 2020/011/4670	11
4.3.	Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde T 2020/011/4671	23
4.4.	Änderung der Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde T 2020/011/4673	41
5.	Kenntnisgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Haushaltsjahren 2019 und 2020 M 2020/200/4628	44
6.	Finanzstatusbericht Herbst 2020 M 2020/200/4668	44
7.	Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss B 2020/011/4675	52

8.	39. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde - Erweiterung Wibbelt-Carrée A) Einleitungsbeschluss B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung B 2020/610/4653	53
9.	Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde; hier: Bericht der Bürgermeisterin gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung M 2020/011/4630	54
10.	Verschiedenes	55
10.1.	Mitteilungen der Verwaltung	55
10.2.	Anfragen an die Verwaltung	56

Frau Bürgermeisterin Rodeheger begrüßt die Damen und Herren des Rates der Stadt Oelde, die Zuhörerinnen und Zuhörer, Herrn Hahn von der Tageszeitung „Die Glocke“ sowie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung.

Sie stellt fest, dass die Einladung zur Ratssitzung fristgerecht übersandt wurde und dass der Rat beschlussfähig ist.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger schlägt dem Rat vor, den Tagesordnungspunkt 4.3 „Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde“ von der Tagesordnung abzusetzen, da hier noch eine verwaltungsinterne und eine Abstimmung mit den Fraktionen stattfinden müsse.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig, den Tagesordnungspunkt 4.3 „Änderung der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde“ von der Tagesordnung abzusetzen. Die folgenden Tagesordnungspunkte rücken entsprechend vor.

Öffentliche Sitzung

1. Einwohnerfragestunde

Es werden keine Einwohnerfragen gestellt.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

2. Befangenheitserklärungen

Frau Rodeheger führt einleitend aus:

*„Nach den Vorschriften der Gemeindeordnung (§ 31) ist ein **Ratsmitglied** von der beratenden und der entscheidenden Mitwirkung eines Tagesordnungspunktes **ausgeschlossen**, wenn die Entscheidung einer Angelegenheit ihm selbst, einem seiner Angehörigen oder einer von ihm kraft Gesetzes oder kraft Vollmacht vertretenen natürlichen oder juristischen Person **einen unmittelbaren Vorteil oder Nachteil bringen kann**.*

*Unmittelbar ist der Vorteil oder Nachteil, wenn die Entscheidung eine natürliche oder juristische Person **direkt** berührt. Das Mitwirkungsverbot kann sich weitergehend auch darin begründen, wenn durch eine Entscheidung beispielsweise dem Unternehmen, bei dem Sie beschäftigt sind, ein unmittelbarer Vor- oder Nachteil entsteht.*

Eine Befangenheit kann bei bauplanungsrechtlichen Angelegenheiten beispielsweise gegeben sein, wenn Sie von der Erschließung eines neuen Wohnbaugbietes als Nachbar unmittelbar betroffen sind. Sollten Sie unsicher sein, ob bei einem Tagesordnungspunkt eine

Befangenheit Ihrerseits gegeben ist, wenden Sie sich bitte an den Fachdienst 011. Dort wird der Sachverhalt geprüft und Ihnen eine Rückmeldung dazu gegeben. Mandatsträger sind verpflichtet, ihre Befangenheit unaufgefordert anzuzeigen.

Der Tagesordnungspunkt „Befangenheitserklärungen“ war in der Vergangenheit stets fester Bestandteil der Tagesordnungen. Wir haben diesen auch für die heutige Sitzung aufgenommen, möchten jedoch zukünftig so verfahren, auf „Befangenheitserklärungen“ als eigenen Tagesordnungspunkt zu verzichten und Sie als Ratsmitglieder bitten, eine Befangenheit bzw. den Ausschließungsgrund unaufgefordert und direkt vor Eintritt in die Verhandlungen des jeweiligen Tagesordnungspunktes mitzuteilen, wenn dieser aufgerufen wird.“

Der Rat der Stadt Oelde erklärt sich mit der Vorgehensweise einverstanden. Befangenheitserklärungen werden zu Tagesordnungspunkten der heutigen Sitzung nicht abgegeben.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

3. Vorstellung und Erläuterung der Betriebsabrechnung 2019 sowie der Gebührenkalkulation 2021

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt einfühend mit, dass den Ratsmitgliedern das Gebührenheft vorliege. In der heutigen Sitzung würden die Kalkulationen lediglich zur Kenntnisnahme vorgestellt. Die Entscheidungen über die Gebühren solle in der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2020 getroffen werden.

Frau Ikemann erläutert die Betriebsabrechnung 2019 sowie die Gebührenkalkulationen Abfallentsorgung und Stadtentwässerung 2021.

TOP 3

Gebührenveränderungen ab 2021

	2020	2021	Differenz
1. Abfallentsorgung			
80 l Restabfall	132,34 €	130,38 €	-1,96 €
120 l Restabfall	198,51 €	195,57 €	-2,94 €
240 l Restabfall	397,01 €	391,14 €	-5,87 €
2. Stadtentwässerung			
Schmutzwassergebühr	1,95 €/m ³	1,91 €/m ³	-0,04 €/m ³
Regenwassergebühr	0,55 €/m ²	0,51 €/m ²	-0,04 €/m ²
3. Kleinkläranlagen und abflusslose Gruben			
Abwasserbeseitigung	71,64 €/m ³	75,62 €/m ³	+3,98 €/m ³
Klärschlamm	31,87 €/m ³	34,93 €/m ³	+3,06 €/m ³
zus. Schlauchlängen	2,00 €/m	2,20 €/m	+0,20 €/m

TOP 3

Familie Mustermann aus Oelde

- 2 Erwachsene und 1 Kind
- 80 l Restabfallbehälter
- 120 m³ Abwasser und 130 m² abflusswirksame Fläche
- 150 m² versiegelte und 400 m² unversiegelte Flächen

	bisher	ab 01.01.2021	Differenz
1) Schmutzwassergebühren	234,00 €	229,20 €	-4,80 €
2) Niederschlagswassergebühren	71,50 €	66,30 €	-5,20 €
3) Gewässerunterhaltungsgebühr			
a) versiegelte Fläche	2,23 €	2,23 €	0,00 €
b) unversiegelte Fläche	0,06 €	0,06 €	0,00 €
Gesamtentwässerung	307,79 €	297,79 €	-10,00 €
Abfallentsorgungsgebühren	132,34 €	130,38 €	-1,96 €
Die jährliche Belastung verringert sich um:			-11,96 €

4 | 23.11.2020



TOP 3

Vergleich der Gebührensätze 2020 der Städte/Gemeinde des Kreis Warendorfs

	Schmutz- wassergebühr	Niederschlags- wassergebühr	80 l- Restabfall- behälter	120 l- Restabfall- behälter	240 l- Restabfall- behälter
Niedrigster Gebührensatz	2,05 €/m ³	0,42 €/m ²	111,70 €	152,02 €	270,19 €
Höchster Gebührensatz	3,39 €/m ³	0,75 €/m ²	205,00 €	314,00 €	546,00 €
Oelde	1,95 €/m ³	0,55 €/m ²	132,34 €	198,51 €	397,01 €

Eine Aufschlüsselung der Gebührensätze aller kreisangehörigen Städte / Gemeinden ist der Niederschrift als Anlage zu TOP 3 beigefügt. Weitere Änderungen von Gebührensätzen sind für 2021 nicht vorgesehen.

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

3.1. Gebührenkalkulation 2021 für die Abfallentsorgung und Änderung der Gebührensatzung über die Abfallentsorgung der Stadt Oelde
B 2020/600/4655

Die Betriebsabrechnung für das Jahr 2019 sowie die Gebührenkalkulation 2021 für die Abfallentsorgung wurden unter TOP 3 vorgetragen und eingehend erörtert.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Erläuterungen zur Gebührenkalkulation 2021 für die Abfallentsorgung zur Kenntnis. Eine Entscheidung über die Gebührensätze soll in der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2020 erfolgen.

3.2. Gebührenkalkulation 2021 für die Stadtentwässerung und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Oelde B 2020/600/4659

Die Gebührenkalkulation 2021 für die Stadtentwässerung und die Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Oelde wurden unter TOP 3 vorgestellt und erläutert.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Ausführungen zur Gebührenkalkulation 2021 für die Stadtentwässerung und Änderung der Beitrags- und Gebührensatzung der Stadt Oelde zur Kenntnis. Eine Entscheidung soll in der Sitzung des Rates am 17. Dezember 2020 erfolgen.

4. Satzungen und Verordnungen

4.1. 1. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde B 2020/600/4666

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit:

Mit Beschluss vom 27.05.2019 hat der Rat die Einführung der Gelben Tonne im Stadtgebiet Oelde zum 01.01.2021 im Tausch gegen den Gelben Sack beschlossen. Die Umsetzung dieses Ratsbeschlusses erfordert eine entsprechende Anpassung der Abfallentsorgungssatzung.

Zudem wurde in § 25 Abs. 1 f) eine redaktionelle Änderung vorgenommen.

Der genaue Auslieferungstermin der Gelben Tonnen für die Oelder Haushalte wurde vom Anbieter PreZero noch nicht mitgeteilt. Im Regelfall werden 240 Liter-Tonnen bereitgestellt. Die Abfuhr ist weiterhin kostenlos und erfolgt alle vier Wochen.

Beschluss:

Der Rat zieht die Entscheidung gemäß § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde an sich und beschließt einstimmig folgende

**1. Satzung
zur Änderung der Satzung
über die Abfallentsorgung in der Stadt Oelde
vom ...**

Aufgrund

der §§ 7 und 8 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Juli 1994 (GV NRW, S. 666), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 29.09.2020 (GV NRW, S. 916),

des Kreislaufwirtschaftsgesetzes (KrWG) vom 24.02.2012 (BGBl. I 2012, S. 212ff.), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 23.10.2020 (BGBl. I S. 2232 ff.),

des § 7 der Gewerbeabfall-Verordnung vom 18.04.2017 (BGBl. I, S. 896ff.), zuletzt geändert durch Art. 5 Abs. 2 des Gesetzes vom 23.10.2020 (BGBl. I S. 2232 ff.),

des Elektro- und Elektronikgerätegesetzes (ElektroG) vom 20.10.2015 (BGBl. I 2015, S. 1739 ff.), zuletzt geändert durch Art. 2 des Gesetzes vom 03.11.2020 (BgBl. I S. 2290)

des Batteriegesetzes (BattG) vom 25.06.2009 (BGBl. I 2009, S. 1582), zuletzt geändert durch Art. 1 des Gesetzes vom 03.11.2020 (BgBl. I S. 2280 ff.)

des Verpackungsgesetzes (VerpackG - Art. 1 des Gesetzes zur Fortentwicklung der haushaltsnahen Getrennterfassung von wertstoffhaltigen Abfällen) vom 05.07.2017 (BGBl. I 2017, S. 2234 ff.), zuletzt geändert durch Art. 3 des Gesetzes vom 23.10.2020 (BGBl. I S. 2232 ff.),

der §§ 5, 8 und 9 des Abfallgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (LAbfG NRW) vom 21. Juni 1988 (GV NW S. 250), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 07.04.2017 (GV. NRW. S. 442) sowie

des § 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. Februar 1987 (BGBl. I S. 602), zuletzt geändert durch Artikel 185 der Verordnung vom 19.06.2020 (BGBl. I S. 1328)

hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung vom 23.11.2020 folgende Satzung beschlossen:

Artikel I

§ 2 Abs. 3 S. 3 erhält folgende Fassung:

Es werden im Rahmen dieser Satzung und unter Berücksichtigung der Abstimmungsvereinbarung mit den privaten Systembetreibern gemäß § 22 VerpackG lediglich flankierende Regelungen dahin getroffen, welche Abfälle (Einwegverpackungen) in die Erfassungsbehältnisse (z.B. gelbe Tonne, Altglascontainer) des privatwirtschaftlichen Systems eingeworfen werden können.

§ 10 Abs. 2 d) erhält folgende Fassung:

d) Abfallbehälter mit gelbem Deckel für Kunststoffe, Metalle, Verbundstoffe mit den Gefäßgrößen 240 l, 1.100 l. In Ausnahmefällen, welche durch das rein privatwirtschaftliche Duale System bzw. dessen beauftragten Entsorger entschieden werden, sind Gefäßgrößen von 80 l möglich. Leichtstoffverpackungen aus Kunststoff, Verbunden und Metall im Sinne des Verpackungsgesetzes sind in die Behälter mit gelbem Deckel bzw. 1.100 l-Behälter aus Metall einzufüllen und in diesem zur Abholung bereitzustellen.

§ 11 Abs. 1 c) erhält folgende Fassung:

c) ein Abfallbehälter mit gelbem Deckel für Einwegverpackungen aus Kunststoff, Metall, Verbundstoff.

§ 15 Ziff. 7 erhält folgende Fassung:

7. Der für Leichtstoffverpackungen aus Kunststoff, Verbunde und Metall bestimmte Behälter mit gelbem Deckel wird im 4-Wochen-Rhythmus am Grundstück abgefahren.

§ 25 Abs. 1 f) erhält folgende Fassung:

f) entgegen § 13 Abs. 10 Depotcontainer an Sonntagen oder Feiertagen oder werktags in der Zeit von 20.00 Uhr - 07.00 Uhr benutzt;

Artikel II

Diese Satzung tritt am 01.01.2021 in Kraft.

4.2. Änderung der Hauptsatzung der Stadt Oelde T 2020/011/4670

Frau Bürgermeisterin Rodeheger trägt vor:

Jede Gemeinde ist nach den einschlägigen Vorschriften der Gemeindeordnung NRW verpflichtet, eine Hauptsatzung zu erlassen, in der mindestens zu regeln ist, was nach der Gemeindeordnung der Hauptsatzung vorbehalten ist.

Aufgrund von gesetzlichen Änderungen und allgemeinen Anpassungen an die Musterhauptsatzung des Städte- und Gemeindebundes wurde die Hauptsatzung der Stadt Oelde überarbeitet.

Die konkreten Änderungen können der in der Anlage 1 beigefügten Synopse entnommen werden. Es wurde unter anderem ein Sitzungsgeld für Ausschussvorsitzende eingeführt. Darüber hinaus wurden Änderungen zu Bürgeranträgen und Anpassungen der Aufwandsentschädigungen der Mandatsträger an die Entschädigungsverordnung vorgenommen.

Die Hauptsatzung ist nach § 7 Abs. 3 GO NRW mit der Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder zu beschließen.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig folgende

H a u p t s a t z u n g der Stadt Oelde

Aufgrund von § 7 Abs. 3 Satz 1 i.V.m. § 41 Abs. 1 Satz 2 Buchst. f der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO) in der Fassung der Bekanntmachung 14.07.1994 (GV

NRW 1994, S. 666 ff.), zuletzt geändert durch Gesetz vom 30.09.2020 (GV NRW, S. 915), hat der Rat der Stadt Oelde in seiner Sitzung am 23. November 2020 einstimmig die folgende Hauptsatzung beschlossen.

§ 1

Entstehung, Name, Bezeichnung, Gebiet

Die Stadt Oelde – bestehend aus der früheren Stadt Oelde und den durch die Neugliederungsgesetze vom 24. Juni 1969, 4. Dezember 1969 und 8. Juli 1974 eingegliederten ehemaligen Gemeinden Kirchspiel Oelde, Sünninghausen, Lette und Stromberg – erfüllt in ihrem Gebiet in eigener Verantwortung alle Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nicht durch Gesetz ausdrücklich anderen Stellen übertragen sind.

§ 2

Wappen, Siegel, Flagge

- (1) Die Stadt Oelde führt Wappen, Siegel und Flagge.
- (2) Das Wappen zeigt im blauen Schilde einen nach oben offenen silbernen Halbmond mit sechsstrahligem silbernen Stern darüber.



- (3) Das Dienstsiegel enthält die Abbildung des Kirchenpatrons Johannes des Täufer, auf dem Arm ein Lamm haltend und zu seinen Füßen ein Schild mit dem Stadtwappen sowie die Umschrift „Stadt Oelde, Kreis Warendorf“. Es findet in den drei nachstehenden Größen Verwendung:



- (4) Die Flagge der Stadt Oelde zeigt die Farben blau und weiß, im Verhältnis 1:1, längsgestreift mit dem Stadtwappen oberhalb der Streifen.



- (5) Die Verwendung des Wappens oder der Flagge durch Dritte bedarf einer schriftlichen Genehmigung des Bürgermeisters / der Bürgermeisterin.

§ 3

Einteilung des Stadtgebietes in Bezirke und Bildung von Bezirksausschüssen

- (1) Innerhalb des Stadtgebietes Oelde werden folgende vier Stadtbezirke gebildet:
- Bezirk Kirchspiel
 - Bezirk Sünninghausen
 - Bezirk Lette
 - Bezirk Stromberg
- (2) Die räumliche Abgrenzung dieser Bezirke ergibt sich aus den als Anlagen beigefügten Karten (Anlage 1 und 2), die Bestandteil dieser Satzung sind.
- (3) Für jeden Bezirk wird vom Rat ein Bezirksausschuss gebildet. Die im jeweiligen Bezirk wohnenden Mitglieder des Rates sind dazu berechtigt, dem jeweiligen Bezirksausschuss als Mitglied anzugehören. Sie sind daher auf Verlangen zu ordentlichen Mitgliedern zu bestellen. Weitere Ratsmitglieder oder / und sachkundige Bürger / Bürgerinnen oder / und sachkundige Einwohner / Einwohnerinnen können bestellt werden. Der Rat regelt die Größe und Zusammensetzung der Bezirksausschüsse sowie bestimmt die Mitglieder.
- (4) Die zu Mitgliedern der Bezirksausschüsse gewählten sachkundigen Bürger / Bürgerinnen sollen im Bezirk, für den der jeweilige Bezirksausschuss gebildet worden ist, wohnen und dem Rat der Stadt Oelde angehören können. Die Bestellung beratender Mitglieder richtet sich nach den gesetzlichen Vorschriften (§ 39 Abs. 4 GO).

§ 4

Aufgaben der Bezirksausschüsse

- (1) Den Bezirksausschüssen werden im Rahmen des § 41 Abs. 2 GO Aufgaben übertragen, soweit ihre Entscheidung sich auf den Bezirk beschränkt und sie sich ohne Beeinträchtigung der einheitlichen Entwicklung der gesamten Stadt innerhalb der Bezirke erledigen lassen. Ausgenommen sind auch hier die Geschäfte der laufenden Verwaltung. Zudem kann sich der Rat für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten.
- (2) Im Einzelnen entscheiden die Bezirksausschüsse im Rahmen der im Haushaltsplan des laufenden Rechnungsjahres zur Verfügung stehenden Mittel über folgende Angelegenheiten ihres Bezirkes:
- a. Pflege des Ortsbildes, der Grün- und Parkanlagen sowie die Gestaltung der Kinderspielplätze,
 - b. Pflege der örtlichen Geschichte und Denkmale,

- c. Festlegung der Reihenfolge der für den jeweiligen Bezirk im Vermögenshaushalt vorgesehenen Kanal- und Straßenbauarbeiten.
- (3) Die Bezirksausschüsse sind zu allen wichtigen Angelegenheiten, die ihren Bezirk berühren, zu hören. Insbesondere ist ihnen vor der Beschlussfassung des Rates der Stadt über Planungs- und Investitionsvorhaben im Bezirk und über Bebauungspläne für den Bezirk Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben.
- (4) Die Bezirksausschüsse können zu allen, ihren Bezirk betreffenden Angelegenheiten Vorschläge und Anregungen machen. Bei Beratungen des Rates oder eines Ausschusses über Angelegenheiten, die auf einen Vorschlag oder eine Anregung eines Bezirksausschusses zurückgehen, haben der Vorsitzende / die Vorsitzende des Bezirksausschusses oder sein Stellvertreter / seine Stellvertreterin das Recht, dazu in der Sitzung gehört zu werden.

§ 5

Bezeichnung von Ortsteilen in Personenstandsbüchern und –urkunden

- (1) Für die Bezeichnung in Personenstandsbüchern und –urkunden werden für die Stadt folgende Gemeindebezeichnungen festgelegt:
- Oelde, Ortsteil Stromberg
Oelde, Ortsteil Lette
Oelde, Ortsteil Sünninghausen
- (2) Die räumliche Abgrenzung dieser Bezirke ergibt sich aus den als Anlagen beigefügten Karten (Anlage 1 und 2), die Bestandteil dieser Satzung sind.

§ 6

Gleichstellung von Frau und Mann

- (1) Der Bürgermeister / die Bürgermeisterin bestellt eine hauptamtlich tätige Gleichstellungsbeauftragte sowie eine Stellvertreterin.
- (2) Die Aufgaben, Rechte und Pflichten der Gleichstellungsbeauftragten sowie der Stellvertreterin im Vertretungsfall, ergeben sich aus dem Landesgleichstellungsgesetz (§§ 16 ff. LGG NRW).

Demnach unterstützt und berät die Gleichstellungsbeauftragte die Dienststelle sowie deren Beschäftigte in Fragen der Gleichstellung von Frau und Mann. Sie wirkt außerdem bei allen Vorhaben und Maßnahmen der Stadt mit, die die Belange von Frauen berühren oder Auswirkungen auf die Gleichberechtigung von Frau und Mann und die Anerkennung ihrer gleichberechtigten Stellung in der Gesellschaft haben oder haben können. Es handelt sich um ein fachübergreifendes Aufgabenfeld, das alle Bereiche der Kommunalpolitik und der Verwaltung berühren kann.

- (3) Die Bürgermeisterin / der Bürgermeister unterrichtet die Gleichstellungsbeauftragte über geplante Maßnahmen gem. Absatz 2 rechtzeitig und umfassend; er / sie beteiligt sie im Rahmen ihres Aufgabenbereiches in einer Form, dass Initiativen und sonstige Stellungnahmen berücksichtigt werden können.
- (4) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches an den Sitzungen des Verwaltungsvorstandes, des Rates und seiner Ausschüsse teilnehmen. Ihr ist auf Wunsch das Wort zu erteilen.
- (5) Die Gleichstellungsbeauftragte kann in Angelegenheiten, die ihren Aufgabenbereich berühren, den Beschlussvorlagen der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters widersprechen; in diesem Fall hat die Bürgermeisterin / der Bürgermeister den Rat zu Beginn der Beratung auf den Widerspruch und seine wesentlichen Gründe hinzuweisen.
- (6) Die Gleichstellungsbeauftragte kann die Öffentlichkeit über Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches unterrichten. Die geplanten Maßnahmen sollen vorher mit der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister abgestimmt werden. Die Entscheidung, ob ein Beratungsgegenstand eine Angelegenheit des Aufgabenbereiches der Gleichstellungsbeauftragten ist, obliegt dem Bürgermeister/ der Bürgermeisterin bzw. bei Ausschusssitzungen der / dem Ausschussvorsitzenden.
- (7) Die Vorlagen und Vorinformationen zu Beratungsgegenständen, die den übrigen Rats- bzw. Ausschussmitgliedern zugesandt werden, sind spätestens gleichzeitig auch der Gleichstellungsbeauftragten zuzuleiten, sofern Angelegenheiten ihres Aufgabenbereichs in Frage stehen.
- (8) Die Gleichstellungsbeauftragte hat folgende zusätzliche Aufgaben, die über den Aufgabenkatalog des Landesgleichstellungsgesetzes hinausgehen:
 - a. Die Erstellung eines jährlichen Tätigkeitsberichts
 - b. Die Aufstellung und Änderung des Gleichstellungsplans sowie die Erstellung des Berichts über die Umsetzung des Gleichstellungsplans

§ 7

Unterrichtung der Einwohner und Einwohnerinnen

- (1) Der Rat hat die Einwohner / Einwohnerinnen über allgemein bedeutsame Angelegenheiten der Stadt zu unterrichten. Die Unterrichtung hat möglichst frühzeitig zu erfolgen. Über die Art und Weise der Unterrichtung (z.B. Hinweis in der örtlichen Presse, öffentliche Anschläge, schriftliche Unterrichtung aller Haushalte, Durchführung besonderer Informationsveranstaltungen, Abhaltung von Einwohnerversammlungen) entscheidet der Rat von Fall zu Fall.
- (2) Eine Einwohnerversammlung soll insbesondere stattfinden, wenn es sich um Planungen oder Vorhaben der Stadt handelt, die die strukturelle Entwicklung der Stadt unmittelbar und nachhaltig beeinflussen oder die mit erheblichen Auswirkungen für eine Vielzahl von Einwohnern verbunden sind. Die Einwohnerversammlung kann auf Teile des Stadtgebietes beschränkt werden.

- (3) Hat der Rat die Durchführung einer Einwohnerversammlung beschlossen, so setzt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister Zeit und Ort der Versammlung fest und lädt alle Einwohner / Einwohnerinnen durch öffentliche Bekanntmachung ein. Die in der Geschäftsordnung für die Einberufung des Rates festgelegten Ladungsfristen gelten entsprechend. Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister führt den Vorsitz in der Versammlung. Zu Beginn der Versammlung unterrichtet die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Einwohnerinnen / Einwohner über Grundlagen, Ziele, Zwecke und Auswirkungen der Planung bzw. des Vorhabens. Anschließend haben die Einwohnerinnen / Einwohner Gelegenheit, sich zu den Ausführungen zu äußern und sie mit den vom Rat zu bestimmenden Ratsmitgliedern aller Fraktionen und der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister zu erörtern. Eine Beschlussfassung findet nicht statt. Der Rat ist über das Ergebnis der Einwohnerversammlung in seiner nächsten Sitzung zu unterrichten.
- (4) Die der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister aufgrund der Geschäftsordnung obliegende Unterrichtspflicht bleibt unberührt.

§ 8

Anregungen und Beschwerden

- (1) Jeder hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Anregungen oder Beschwerden an den Rat zu wenden. Anregungen und Beschwerden müssen Angelegenheiten betreffen, die in den Aufgabenbereich der Stadt Oelde fallen.
- (2) Für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden i.S. von Abs. 1 bestimmt der Rat den Hauptausschuss und Ausschuss für Bürgerangelegenheiten.
- (3) Anregungen und Beschwerden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt Oelde fallen, sind von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister an die zuständige Stelle weiterzuleiten. Angelegenheiten, deren vollständige Erledigung durch schlichtes Verwaltungshandeln bereits erfolgt ist, sind nicht in den Hauptausschuss und Ausschuss für Bürgerangelegenheiten einzubringen. Die antragstellende Person ist über die Weiterleitung nach Satz 1 bzw. über die erfolgreiche Erledigung seines Begehrens nach Satz 2 zu unterrichten.
- (4) Der Hauptausschuss und Ausschuss für Bürgerangelegenheiten verweist den Antrag entsprechend der Zuständigkeitsordnung an einen Ausschuss oder an die Bürgermeisterin / den Bürgermeister zur Erledigung, soweit er nicht selbst für die Entscheidung zuständig ist.
- (5) Die Antragstellerin/ der Antragsteller ist über die Stellungnahme zu ihren/seinen Anregungen und Beschwerden fortlaufend zu unterrichten.
- (6) Die Beratungs- und Entscheidungsreife der Anträge und Beschwerden ist unverzüglich herbeizuführen; sie sind möglichst in der jeweils nächsten Rats- beziehungsweise Ausschusssitzung zu beraten und gegebenenfalls zu entscheiden.

- (7) Der für die Erledigung von Anregungen und Beschwerden nach Abs. 2 zuständige Ausschuss hat diese inhaltlich zu prüfen. Der Ausschuss hat das Recht die antragstellende Person persönlich anzuhören. Danach überweist der Ausschuss die Anregung oder Beschwerde an die zur Entscheidung berechnigte Stelle. Bei der Überweisung kann er Empfehlungen aussprechen, an die die zur Entscheidung berechnigte Stelle nicht gebunden ist.
- (8) Das Recht des Rates, die Entscheidung einer Angelegenheit, die den Gegenstand einer Anregung oder Beschwerde bildet, an sich zu ziehen (§ 41 Abs. 2, 3 GO), bleibt unberührt.
- (9) Von einer Prüfung von Anregungen und Beschwerden soll abgesehen werden, wenn
- a. der Inhalt einen Straftatbestand erfüllt,
 - b. gegenüber bereits geprüften Anregungen oder Beschwerden kein neues Sachvorbringen vorliegt oder
 - c. sie als rechtsmissbräuchliche Inanspruchnahme von öffentlichen Stellen anzusehen sind.
- (10) Eingaben von Bürgern / Bürgerinnen, die weder Anregungen oder Beschwerden zum Inhalt haben (z.B. Fragen, Erklärungen, Ansichten etc.), sind ohne Beratung von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister zurückzugeben.
- (11) Die antragstellende Person erhält eine Bestätigung des Antrages und wird zu der Sitzung des Hauptausschusses und Ausschusses für Bürgerangelegenheiten in der ihr Antrag beraten wird, eingeladen.

§ 9

Integrationsrat / Integrationsausschuss

- (1) Auf Antrag von mindestens 200 Wahlberechtigten gem. § 27 Abs. 1 S. 2 GO wird ein Integrationsrat errichtet.
- (2) Der Integrationsrat besteht aus 15 Mitgliedern, davon aus 10 gemäß § 27 Abs. 2 Satz 1 GO direkt gewählten Mitgliedern und 5 gemäß § 27 Abs. 2 Satz 3 GO vom Rat bestellten Ratsmitgliedern.

§ 10

Bezeichnung des Rates und der Ratsmitglieder

- (1) Der Rat führt die Bezeichnung „Rat der Stadt Oelde“.
- (2) Die Ratsmitglieder führen die Bezeichnung „Ratsherr“ bzw. „Ratsfrau“.

§ 11 Dringlichkeitsentscheidungen

Dringlichkeitsentscheidungen des Hauptausschusses und Ausschusses für Bürgerangelegenheiten oder der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters mit einem Ratsmitglied (§ 60 Abs. 1 und 2 GO) bedürfen der Schriftform und einer eingehenden Begründung.

§ 12 Geschäftsordnung

Das Verfahren im Rat und in den Ausschüssen ist durch den Rat in einer Geschäftsordnung zu regeln.

§ 13 Zuständigkeitsordnung

Die Übertragung von Entscheidungsbefugnissen auf die Ausschüsse und die Bürgermeisterin / den Bürgermeister gemäß § 41 Abs. 2 GO NRW sowie der Vorbehalt von Entscheidungen für einen bestimmten Kreis von Geschäften gemäß § 41 Abs. 3 GO NRW sind in einer Zuständigkeitsordnung zu regeln. Der Rat behält sich im Einzelfall ein Rückholrecht der auf die Ausschüsse übertragenen Aufgaben vor.

§ 14 Ausschüsse

- (1) Der Rat beschließt, welche Ausschüsse außer den in der Gemeindeordnung oder in anderen gesetzlichen Vorschriften vorgeschriebenen Ausschüssen gebildet werden. Die Zahl der Ausschussmitglieder soll ungerade sein.
- (2) Den Ausschüssen können durch Beschluss des Rates Einzelfälle oder ein bestimmter Kreis an Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen werden.
- (3) Die Ausschüsse werden ermächtigt, in Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches die Entscheidung der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister zu übertragen.
- (4) Im Übrigen nehmen die Ausschüsse zu allen Angelegenheiten ihres Aufgabenbereiches empfehlend Stellung.
- (5) Der Rat kann sich durch Ratsbeschluss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehalten (Rücknahmerecht).
- (6) Die Vorsitzenden der Ausschüsse können vom Bürgermeister / von der Bürgermeisterin jederzeit Auskunft über die Angelegenheiten verlangen, die zum Aufgabenbereich ihres Ausschusses gehören; sie haben insoweit zum Zwecke der Unterrichtung ihres Ausschusses auch das Recht auf Akteneinsicht.

- (7) Die Ausschüsse können Einwohnerfragestunden entsprechend den Richtlinien des Rates einrichten.
- (8) Der Rat kann für seine und die Arbeit der Ausschüsse allgemeine Richtlinien (Geschäftsordnung) aufstellen.

§ 15 **Aufwandsentschädigung, Verdienstaussfallersatz**

- (1) Die Ratsmitglieder erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form eines monatlichen Pauschalbetrags nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung, durch den das Sitzungsgeld für die Teilnahme an Rats-, Ausschuss- und Fraktionssitzungen mit abgegolten ist.
- (2) Stellvertretende Bürgermeisterinnen / Bürgermeister nach § 67 Abs. 1 GO und Fraktionsvorsitzende – bei Fraktionen mit mindestens 8 Mitgliedern auch ein stellvertretender Vorsitzender / eine stellvertretende Vorsitzende, mit mindestens 16 Mitgliedern auch 2 stellvertretende Vorsitzende und mit mindestens 24 Mitgliedern auch 3 stellvertretende Vorsitzende – erhalten neben den Entschädigungen, die den Ratsmitgliedern nach § 45 GO zustehen, eine Aufwandsentschädigung nach § 46 GO i.V.m. der Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung. Teilen sich mehrere Ratsmitglieder die Aufgaben des Fraktionsvorsitzenden, so wird die hierfür zu gewährende Aufwandsentschädigung zu gleichen Teilen ausgezahlt.
- (3) Sachkundige Bürger / Bürgerinnen und sachkundige Einwohner / Einwohnerinnen erhalten für die im Rahmen der Mandatsausübung erforderliche tatsächlich erfolgte Teilnahme an Ausschuss- und Fraktionssitzungen sowie an Sitzungen von Teilen einer Fraktion (Fraktionsvorstand, Fraktionsarbeitskreise) ein Sitzungsgeld nach Maßgabe der Entschädigungsverordnung in der jeweils gültigen Fassung. Dies gilt auch für die Mitglieder des Ausländerbeirates bei Teilnahme an Sitzungen dieses Gremiums. Dies gilt unabhängig vom Eintritt des Vertretungsfalles auch für die Teilnahme an Fraktionssitzungen als stellvertretendes Ausschussmitglied. Sitzungsgeld wird auch für Fraktionssitzungen gewährt, die soweit erforderlich digital oder telefonisch durchgeführt werden. Die Anzahl der Fraktionssitzungen, für die das Sitzungsgeld gezahlt wird, wird auf 12 Sitzungen im Jahr beschränkt.
- (4) Die für Sitzungsgelder festgelegten Sätze gelten für eine Sitzung. Wird eine Sitzungsdauer von insgesamt sechs Stunden überschritten, wird ein weiteres Sitzungsgeld gewährt. Bei mehreren Sitzungen an einem Tag dürfen nicht mehr als zwei Sitzungsgelder insgesamt gewährt werden.
- (5) Rats- und Ausschussmitglieder haben Anspruch auf Ersatz des Verdienstaussfalls, der ihnen durch die Mandatsausübung entsteht, soweit sie während der Arbeitszeit erforderlich ist. Der Anspruch besteht auch für maximal 8 Arbeitstage je Wahlperiode im Falle der Teilnahme an kommunalpolitischen Bildungsveranstaltungen, die der Mandatsausübung förderlich sind. Der Verdienstaussfall wird für jede Stunde der versäumten regelmäßigen Arbeitszeit berechnet, wobei die letzte angefangene Stunde

voll zu rechnen ist.

Der Anspruch wird wie folgt abgegolten:

- a. Alle Rats- und Ausschussmitglieder erhalten einen Regelstundensatz, es sei denn, dass sie ersichtlich keine finanziellen Nachteile erlitten haben. Der Regelstundensatz wird auf 15,00 Euro festgesetzt.
 - b. Unselbständigen wird im Einzelfall der den Regelstundensatz übersteigende Verdienstaufschlag gegen entsprechenden Nachweis, z.B. durch Vorlage einer Bescheinigung des Arbeitgebers, ersetzt.
 - c. Selbstständige können eine besondere Verdienstaufschlagpauschale je Stunde erhalten, sofern sie einen den Regelsatz übersteigenden Verdienstaufschlag glaubhaft machen. Die Glaubhaftmachung erfolgt durch eine schriftliche Erklärung über die Höhe des Einkommens, in der die Richtigkeit der gemachten Angaben versichert wird. Ergänzende Nachweise können angefordert werden.
 - d. Personen, die einen Haushalt mit mindestens 2 Personen, von denen mindestens eine ein Kind unter 14 Jahren oder eine anerkannt pflegebedürftige Person nach SGB XI ist, oder einen Haushalt von mindestens 3 Personen führen und nicht oder weniger als 20 Stunden je Woche erwerbstätig sind, erhalten für die Zeit der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt mindestens den Regelstundensatz. Auf Antrag werden statt des Regelstundensatzes die notwendigen Kosten für eine Vertretung im Haushalt ersetzt.
 - e. Entgeltliche Kinderbetreuungskosten, die außerhalb der regelmäßigen Arbeitszeit aufgrund der mandatsbedingten Abwesenheit vom Haushalt notwendig werden, werden auf Antrag in Höhe der nachgewiesenen Kosten erstattet. Kinderbetreuungskosten werden nicht erstattet bei Kindern, die das 14. Lebensjahr vollendet haben, es sei denn, besondere Umstände des Einzelfalles werden glaubhaft nachgewiesen. Die Kosten werden nicht für Zeiträume erstattet, für die bereits eine Entschädigung nach § 45 Abs. 2 oder/und Abs. 3 GO geleistet wird.
 - f. Der Höchstbetrag des Verdienstaufschlages je Tag wird gemäß der EntschVO auf 84,00 Euro festgesetzt.
- (6) Die Fraktionen sind verpflichtet, die Teilnahme von Ratsmitgliedern sowie sachkundigen Bürgerinnen und Bürgern an Fraktionssitzungen oder Sitzungen von Teilen einer Fraktion durch die Vorlage einer Anwesenheitsliste nachzuweisen und innerhalb einer Woche dem zuständigen Fachdienst schriftlich oder elektronisch zukommen zu lassen.
- (7) Reisekostenvergütung und Fahrtkostenerstattung werden den Rats- und Ausschussmitgliedern auf Antrag gezahlt und richten sich nach dem Landesreisekostengesetz sowie der Entschädigungsverordnung.
- (8) Von der Regelung, wonach Vorsitzende von Ausschüssen des Rates anstelle einer zusätzlichen Aufwandsentschädigung nach § 46 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GO NRW i.V.m. § 3 Abs. 1 Nr. 6 EntschVO ein Sitzungsgeld nach § 46 Abs. 2 S. 2 Nr. 2 i.V.m. § 3 Abs. 4 EntschVO erhalten, wird für folgende Ausschüsse Gebrauch gemacht:

- a. Finanzausschuss und Ausschuss für Wirtschaftsförderung
- b. Ausschuss für Planung, Stadtentwicklung, Wohnen und Digitalisierung
- c. Ausschuss für Umwelt, Energie, Mobilität und Verkehr
- d. Ausschuss für Familien, Soziales, Senioren und gesellschaftliche Teilhabe
- e. Ausschuss für Schule, Kultur und Sport
- f. Betriebsausschuss Forum
- g. Rechnungsprüfungsausschuss
- h. Volkshochschulausschuss Oelde-Ennigerloh
- i. Jugendhilfeausschuss
- j. Bezirksausschuss Kirchspiel
- k. Bezirksausschuss Lette
- l. Bezirksausschuss Stromberg
- m. Bezirksausschuss Sünninghausen

§ 16

Genehmigung von Rechtsgeschäften

- (1) Verträge der Stadt Oelde mit Rats- und Ausschussmitgliedern sowie mit dem Bürgermeister / der Bürgermeisterin und den leitenden Dienstkräften der Stadt bedürfen der Genehmigung des Rates.
- (2) Keiner Genehmigung bedürfen:
 - a. Verträge, deren Abschluss ein Geschäft der laufenden Verwaltung (§ 41 Abs. 3 GO) darstellt,
 - b. Verträge, denen der zuständige Ausschuss auf der Grundlage einer von der Stadt Oelde vorgenommenen Ausschreibung zugestimmt hat,
 - c. Verträge, die auf der Grundlage feststehender Tarife abgeschlossen werden.
- (3) Leitende Dienstkräfte im Sinne dieser Vorschrift sind die Bürgermeisterin / der Bürgermeister, die Beigeordneten sowie gemäß § 68 Abs. 3 Satz 1 GO mit der auftragsweisen Erledigung bestimmter Angelegenheiten betrauten Bediensteten (Fachbereichs- und Fachdienstleitung).

§ 17

Bürgermeisterin / Bürgermeister

- (1) Geschäfte der laufenden Verwaltung gelten im Namen des Rates als auf die Bürgermeisterin / den Bürgermeister übertragen, soweit nicht der Rat sich oder einem

Ausschuss für einen bestimmten Kreis von Geschäften oder für einen Einzelfall die Entscheidung vorbehält. Nähere Einzelheiten sind in der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde festgelegt.

- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister hat nach pflichtgemäßem Ermessen darüber zu entscheiden, welche Angelegenheiten als Geschäfte der laufenden Verwaltung anzusehen sind.
- (3) Der Rat wählt aus seiner Mitte ohne Aussprache die nach Maßgabe des § 67 Abs. 1 GO zwei ehrenamtliche Stellvertreter der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters.

§ 18 Beigeordnete

Die Mitglieder des Rates wählen zwei hauptamtliche Beigeordnete. Einer / Eine der Beigeordneten wird durch Beschluss des Rates zum allgemeine Vertreterin / allgemeinen Vertreter der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters bestellt. Sie / Er führt die Amtsbezeichnung „Erste Beigeordnete“ / „Erster Beigeordneter“. Die / Der technische Beigeordnete führt die Amtsbezeichnung „Stadtbaurätin“ / „Stadtbaurat“.

§ 19 Teilnahme an Sitzungen

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister, die Beigeordneten und die Kämmerin / der Kämmerer nehmen an den Sitzungen des Rates teil. An den Sitzungen der Ausschüsse nehmen die Beigeordneten und die Kämmerin / der Kämmerer teil, sofern und soweit es die Tagesordnung erfordert.
- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister bestimmt, welche weiteren Beamten und Angestellten an den Sitzungen des Rates, des Hauptausschusses und Ausschusses für Bürgerangelegenheiten sowie des Finanzausschusses und Ausschusses für Wirtschaftsförderung teilnehmen. Die Beigeordneten regeln im Einvernehmen mit der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister die Teilnahme von Beamten und Angestellten an den Sitzungen der Fachausschüsse.

§ 20 Öffentliche Bekanntmachung

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Stadt Oelde, die durch Rechtsvorschrift vorgeschrieben sind, werden vollzogen im Amtsblatt der Stadt Oelde. Zusätzlich soll das Amtsblatt in vollem Umfang auf der offiziellen städtischen Website im Internet eingestellt werden. Weitere Bekanntmachungshinweise erfolgen nicht.
- (2) Sind öffentliche Bekanntmachungen in der durch Abs. 1 festgelegten Form infolge höherer Gewalt oder sonstiger unabwendbarer Ereignisse nicht möglich, so wird die Öffentlichkeit durch Aushang an den Bekanntmachungstafeln unterrichtet.

- | | |
|---------------------------|---|
| a. in der Stadtmitte | Rathaus, Ratsstiege 1
(Durchgang zur Bahnhofstraße) |
| b. in Oelde-Sünninghausen | am Kirchplatz 7 |
| c. in Oelde-Lette | am Kirchplatz Parkplatz Ecke Beelener
Straße / Clarholzer Straße |
| d. in Oelde-Stromberg | Münsterstraße 37. |

Ist der Hinderungsgrund entfallen, ist die öffentliche Bekanntmachung nach Abs. 1 unverzüglich nachzuholen.

- (3) Soweit Gesetze, Verordnungen oder aufgrund gesetzlicher Ermächtigung erlassene Anordnungen eine andere Art der Veröffentlichung vorschreiben, gilt diese.

§ 21 Inkrafttreten

- (1) Die Hauptsatzung tritt mit dem Tage nach der Bekanntmachung in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die frühere Hauptsatzung vom 12.07.2017 außer Kraft.

4.3. Änderung der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde T 2020/011/4671

Frau Bürgermeisterin Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlagen.

Die derzeit gültige Geschäftsordnung des Rates der Stadt Oelde wurde im Jahre 2010 beschlossen.

Aufgrund von gesetzlichen Änderungen und allgemeinen Anpassungen an die Mustergeschäftsordnung des Städte- und Gemeindebundes wurde die Geschäftsordnung für den Rat der Stadt Oelde überarbeitet. Dabei sind unter anderem Ausführungen zur digitalen Gremienarbeit sowie zum Datenschutz aufgenommen worden.

Zugleich erfolgten im Zuge der Überarbeitung der Geschäftsordnung allgemeine redaktionelle Änderungen sowie die Präzisierung von Terminen.

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die folgende

Geschäftsordnung **für den Rat der Stadt Oelde**

I. Geschäftsführung des Rates

1. Vorbereitung der Ratssitzungen

§ 1

Einberufung der Ratssitzungen

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister beruft den Rat ein, so oft es die Geschäftslage erfordert, jedoch soll sie / er den Rat wenigstens alle zwei Monate einberufen. Der Rat ist unverzüglich einzuberufen, wenn mindestens ein Fünftel der Ratsmitglieder oder eine Fraktion unter Angabe der zur Beratung zu stellenden Gegenstände dies verlangen.
- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister lädt die Ratsmitglieder unter Festsetzung von Zeit und Ort sowie Tagesordnung zur Sitzung des Rates ein. Die Einberufung erfolgt durch Übersendung des Einladungsdokumentes auf elektronischem Wege (E-Mail) an die Ratsmitglieder. Der Zugriff auf die Vorlagen und weitere Sitzungsunterlagen zur Sitzung wird durch einen individuellen kennwortgeschützten Zugang auf das Ratsinformationssystem sichergestellt. Nur auf schriftlichen Antrag, in welchem ein begründeter Ausnahmefall darzulegen ist, ist einem Ratsmitglied die Einladung mitsamt Vorlagen und ggf. weiteren Sitzungsunterlagen schriftlich zuzustellen.

§ 2

Verfahren zur digitalen Gremienarbeit

- (1) Ratsmitglieder arbeiten digital mit dem Ratsinformationssystem SessionNet sowie mit der APP Mandatos.
- (2) Die Ratsmitglieder erhalten keine technische Ausstattung zur Teilnahme an der digitalen Gremienarbeit.
- (3) Die Ratsmitglieder erhalten pro Wahlzeit einen Pauschalbetrag als Zuschuss für die technische Ausstattung an der digitalen Gremienarbeit.
- (4) Sachkundige Bürger erhalten zur Teilnahme an der digitalen Gremienarbeit einen Pauschalbetrag, der pro Teilnahme an Ausschusssitzungen gewährt wird. Der Gesamtbetrag der gewährten Pauschalbeträge wird auf 60 Euro pro Jahr begrenzt.

§ 3

Ladungsfrist

- (1) Die Einladung muss den Ratsmitgliedern mindestens 7 volle Tage vor dem Sitzungstag, den Tag der Absendung nicht eingerechnet, zugehen.
- (2) In besonders dringenden Fällen kann die Ladungsfrist bis auf 3 volle Tage abgekürzt werden. Die Dringlichkeit ist in der Einladung zu begründen.
- (3) Abs. 1 und 2 gelten für die Übersendung in elektronischer als auch in schriftlicher Form.

§ 4

Aufstellung der Tagesordnung

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Sie / Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihr / ihm in schriftlicher Form spätestens am 14. Tag vor dem Sitzungstag von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden.
- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister legt ferner die Reihenfolge der einzelnen Tagesordnungspunkte fest und bestimmt unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften, welche Tagesordnungspunkte in nichtöffentlicher Sitzung behandelt werden sollen.
- (3) Anträge auf Aufhebung oder Änderung eines Ratsbeschlusses sind vor Ablauf eines halben Jahres nur zulässig, wenn sie von mindestens einem Viertel der anwesenden Ratsmitglieder unterstützt werden. Beschlüsse können nur insoweit aufgehoben oder geändert werden, als durch sie nicht schon Rechte Dritter entstanden sind.
- (4) Betrifft ein Vorschlag eine Angelegenheit, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt, weist die Bürgermeisterin / der Bürgermeister in der Tagesordnung darauf hin, dass die Angelegenheit durch Geschäftsordnungsbeschluss vom Rat ohne Sachdiskussion von der Tagesordnung wieder abzusetzen ist.

§ 5

Öffentliche Bekanntmachung

Zeit, Ort und Tagesordnung der Ratssitzung sind von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister rechtzeitig öffentlich bekannt zu machen. Die Bekanntmachung erfolgt in der Form, die die Hauptsatzung hierfür vorschreibt.

§ 6

Anzeigepflicht bei Verhinderung

- (1) Ratsmitglieder, die verhindert sind, an einer Sitzung teilzunehmen, haben dies unverzüglich der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister mitzuteilen.
- (2) Ratsmitglieder, die die Sitzung vorzeitig verlassen wollen, haben dies der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister spätestens zu Beginn der Sitzung mitzuteilen.
- (3) Kann die Bürgermeisterin / der Bürgermeister aus einem wichtigen Grund nicht an der Sitzung teilnehmen, so informiert sie / er rechtzeitig vor der Sitzung die stellvertretende Bürgermeisterin / den stellvertretenden Bürgermeister.

2. Durchführung der Ratssitzungen

a) Allgemeines

§ 7

Öffentlichkeit der Ratssitzungen

(1) Die Sitzungen des Rates sind öffentlich.

Der Sitzungsraum sollte so gewählt werden, dass er für Menschen mit Mobilitätseinschränkungen zugänglich ist. Jeder hat das Recht, als ZuhörerIn / Zuhörer an öffentlichen Ratssitzungen teilzunehmen, soweit dies die räumlichen Verhältnisse gestatten. Die Zuhörer sind - außer im Falle des § 19 (Einwohnerfragestunde) - nicht berechtigt, das Wort zu ergreifen oder sich sonst an den Verhandlungen des Rates zu beteiligen.

(2) Fotoaufnahmen dürfen nur durch Vertreter der Presse sowie durch die Verwaltung zu Dokumentationszwecken bzw. zum Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit erfolgen. Video- und Tonaufnahmen sind unzulässig (s. hierzu § 31 Abs. 4).

(3) In nichtöffentlicher Sitzung sind zu behandeln:

- a. Personalangelegenheiten,
- b. Erwerb bzw. Veräußerung von Grundstücken durch die Gemeinde; dies gilt auch für Pacht, Miete oder ähnliche Rechtsgeschäfte, durch die der Gemeinde Rechte an einer Liegenschaft verschafft werden bzw. die Gemeinde solche Rechte Dritten verschafft,
- c. Auftragsvergaben,
- d. Angelegenheiten der zivilen Verteidigung,
- e. Abgabeangelegenheiten in Einzelfällen, Darlehensgewährungen und Übernahme von Bürgschaften,
- f. Angelegenheiten der Rechnungsprüfung mit Ausnahme der Beratung des im allgemeinen Berichtsband (§ 102 Abs. 1 GO) enthaltenen Prüfungsergebnisses (§ 95 Abs. 1 GO)
- g. Darlehens- und Bürgschaftsangelegenheiten
- h. Vertragsangelegenheiten

Dies gilt nicht, wenn im Einzelfall weder Gründe des öffentlichen Wohls noch berechnigte Ansprüche oder Interessen Einzelner den Ausschluss der Öffentlichkeit gebieten.

Darüber hinaus kann auf Antrag der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters oder eines Ratsmitgliedes für einzelne Angelegenheiten die Öffentlichkeit ausgeschlossen werden. Anträge und Vorschläge auf Ausschluss der Öffentlichkeit dürfen nur in nichtöffentlicher Sitzung begründet und beraten werden. Falls dem Antrag stattgegeben wird, ist die Öffentlichkeit in geeigneter Weise zu unterrichten, dass in nichtöffentlicher Sitzung weiterverhandelt wird (§ 48 Abs. 2 Sätze 2 bis 5 GO).

- (3) Personenbezogene Daten dürfen offenbart werden, soweit nicht schützenswerte Interessen Einzelner oder Belange des öffentlichen Wohls überwiegen; erforderlichenfalls ist die Öffentlichkeit auszuschließen.

§ 8

Vorsitz

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister führt den Vorsitz im Rat. Im Falle ihrer / seiner Verhinderung übernimmt ihre / seine Stellvertretung den Vorsitz. Die Reihenfolge der Stellvertretung bestimmt sich aufgrund des Wahlergebnisses nach § 67 Abs. 2 GO.
- (2) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister hat die Sitzung sachlich und unparteiisch zu leiten. Sie / Er handhabt die Ordnung in der Sitzung und übt das Hausrecht (§ 51 GO) aus.

§ 9

Beschlussfähigkeit

- (1) Vor Eintritt in die Tagesordnung stellt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die ordnungsgemäße Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest und lässt dies in der Niederschrift vermerken. Der Rat ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gesetzlichen Mitgliederzahl anwesend ist. Er gilt als beschlussfähig, solange seine Beschlussunfähigkeit nicht festgestellt ist (§ 49 Abs. 1 GO).
- (2) Ist eine Angelegenheit wegen Beschlussunfähigkeit zurückgestellt worden und wird der Rat zur Behandlung über denselben Gegenstand einberufen, so ist er ohne Rücksicht auf die Zahl der Erschienenen beschlussfähig, wenn bei der zweiten Einberufung auf diese Bestimmung ausdrücklich hingewiesen worden ist (§ 49 Abs. 2 GO).

§ 10

Befangenheit von Mitgliedern des Rates

- (1) Muss ein Ratsmitglied annehmen, nach §§ 50 Abs. 6, 43 Abs. 2, 31 GO von der Mitwirkung an der Beratung und Entscheidung ausgeschlossen zu sein, so hat es den Ausschließungsgrund vor Eintritt in die Verhandlung unaufgefordert der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister anzuzeigen und den Sitzungsraum zu verlassen; bei einer öffentlichen Sitzung kann das Ratsmitglied sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufhalten. In die Niederschrift ist aufzunehmen, dass das betreffende Ratsmitglied der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen hat.
- (2) In Zweifelsfällen entscheidet der Rat darüber, ob ein Ausschließungsgrund besteht.

- (3) Verstößt ein Ratsmitglied gegen die Offenbarungspflicht nach Abs. 1, so stellt der Rat dies durch Beschluss fest. Der Ratsbeschluss ist in die Niederschrift aufzunehmen.
- (4) Die Regelungen gelten auch für die Bürgermeisterin/den Bürgermeister mit der Maßgabe, dass sie/er die Befangenheit der/dem stellvertretenden Bürgermeisterin / Bürgermeister vor Eintritt in die Verhandlungen anzeigt.

§ 11

Teilnahme an Sitzungen

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister und die Beigeordneten nehmen an den Sitzungen des Rates teil. Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister ist berechtigt und auf Verlangen mindestens eines Ratsmitgliedes verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Rat Stellung zu nehmen.
Im Übrigen sind die Fachbereichsleiterinnen / Fachbereichsleiter berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereiches verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen. Auch Beigeordnete bzw. die Fachbereichsleiterinnen / Fachbereichsleiter sind hierzu verpflichtet, falls es der Rat oder die Bürgermeisterin / der Bürgermeister verlangt; im Übrigen wird auf § 69 GO verwiesen.
- (2) Mitglieder der Ausschüsse können an den nicht öffentlichen Sitzungen des Rates als Zuhörer teilnehmen, soweit ihr Aufgabenbereich durch den Beratungsgegenstand berührt wird. Sie haben sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufzuhalten. Die Teilnahme als Zuhörer begründet keinen Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls und auf Zahlung von Sitzungsgeld (§ 48 Abs. 4 GO).

b) Gang der Beratungen

§ 12

Änderung und Erweiterung der Tagesordnung

- (1) Der Rat kann beschließen,
 - a. die Reihenfolge der Tagesordnungspunkte zu ändern,
 - b. Tagesordnungspunkte zu teilen oder miteinander zu verbinden,
 - c. Tagesordnungspunkte abzusetzen.

Die Verweisung eines zur Beratung in öffentlicher Sitzung vorgesehenen Tagesordnungspunktes in die nichtöffentliche Sitzung darf nur dann erfolgen, wenn es sich um eine geheimhaltungsbedürftige Angelegenheit im Sinne von § 7 Abs. 3 bis 5 dieser GeschO handelt.

- (2) Die Tagesordnung kann in der Sitzung durch Beschluss des Rates erweitert werden, wenn es sich um Angelegenheiten handelt, die keinen Aufschub dulden oder die von

äußerster Dringlichkeit sind (§ 48 Abs. 1 GO). Der Ratsbeschluss ist in die Niederschrift aufzunehmen.

- (3) Ist aufgrund des Vorschlags einer Fraktion oder eines Fünftels der Ratsmitglieder eine Angelegenheit in die Tagesordnung aufgenommen worden, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt, setzt der Rat durch Geschäftsordnungsbeschluss die Angelegenheit von der Tagesordnung ab.
- (4) Wird nach Aufruf eines Tagesordnungspunktes, der eine Angelegenheit betrifft, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fällt, ein Geschäftsordnungsantrag nach Abs. 3 aus der Mitte des Rates nicht gestellt, stellt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister von Amts wegen den Antrag und lässt darüber abstimmen.

§ 13

Redeordnung

- (1) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister ruft jeden Punkt der Tagesordnung nach der vorgesehenen oder beschlossenen Reihenfolge unter Bezeichnung des Verhandlungsgegenstandes auf und stellt die Angelegenheit zur Beratung. Wird eine Angelegenheit beraten, die auf Vorschlag von einem Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion in die Tagesordnung aufgenommen worden ist (§ 4 Abs. 1 dieser Geschäftsordnung), so ist zunächst den Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihren Vorschlag zu begründen. Ist eine Berichterstattung vorgesehen, so erhält die Berichterstatteerin / der Berichterstatter das Wort.
- (2) Hinsichtlich der Angelegenheiten, die nicht in den Aufgabenbereich der Stadt fallen, gelten § 12 Absätze 3 und 4.
- (3) Ein Ratsmitglied, das das Wort ergreifen möchte, hat sich durch Aufheben der Hand zu melden. Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister erteilt das Wort in der Reihenfolge der Meldungen. Melden sich mehrere Ratsmitglieder gleichzeitig, so bestimmt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Reihenfolge der Wortmeldungen. Sie / Er kann jedoch das Wort im Interesse einer sachgemäßen Erledigung in anderer Reihenfolge erteilen.
- (4) Außerhalb der Reihenfolge erhält ein Ratsmitglied das Wort, wenn es Anträge zur Geschäftsordnung stellen will.
- (5) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister ist berechtigt, auch außerhalb der Reihenfolge das Wort zu ergreifen.
- (6) Die Redezeit beträgt im Regelfall höchstens 10 Minuten. Sie kann durch Beschluss des Rates verlängert oder verkürzt werden. Ein Ratsmitglied darf höchstens dreimal zum selben Punkt der Tagesordnung sprechen; Anträge zur Geschäftsordnung bleiben hiervon unberührt.

§ 14

Anträge zur Geschäftsordnung

- (1) Anträge zur Geschäftsordnung können jederzeit von jedem Mitglied des Rates gestellt werden. Dazu gehören insbesondere folgende Anträge:
- a. auf Schluss der Aussprache (§ 15),
 - b. auf Schluss der Rednerliste (§ 15),
 - c. auf Verweisung an einen Ausschuss oder an die Bürgermeisterin/den Bürgermeister,
 - d. auf Vertagung,
 - e. auf Unterbrechung oder Aufhebung der Sitzung,
 - f. auf Ausschluss oder Wiederherstellung der Öffentlichkeit,
 - g. auf namentliche oder geheime Abstimmung,
 - h. auf Absetzung einer Angelegenheit von der Tagesordnung.
- (2) Wird ein Antrag zur Geschäftsordnung gestellt, so darf noch je ein Ratsmitglied für und gegen diesen Antrag sprechen. Alsdann ist über den Antrag abzustimmen. In den Fällen des § 17 Abs. 3 und 4 bedarf es keiner Abstimmung.

Über Anträge zur Geschäftsordnung hat der Rat gesondert vorab zu entscheiden. Werden mehrere Anträge zur Geschäftsordnung gleichzeitig gestellt, so ist über den jeweils weitest gehenden Antrag zuerst abzustimmen. In Zweifelsfällen bestimmt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Reihenfolge der Abstimmung.

§ 15

Schluss der Aussprache, Schluss der Rednerliste

Jedes Mitglied des Rates, das sich nicht an der Beratung beteiligt hat, kann verlangen, dass die Beratung des Tagesordnungspunktes beendet oder die Rednerliste geschlossen wird. Wird ein solcher Antrag gestellt, so gibt die/der Vorsitzende die bereits vorliegenden Wortmeldungen bekannt.

§ 16

Anträge zur Sache

- (1) Jedes Mitglied des Rates und jede Fraktion sind berechtigt, zu jedem Punkt der Tagesordnung Anträge zu stellen, um eine Entscheidung des Rates in der Sache herbeizuführen (Anträge zur Sache). Hat eine Vorberatung in Ausschüssen des Rates stattgefunden, so steht ein gleiches Recht auch den beteiligten Ausschüssen zu. Die Anträge müssen einen abstimmungsfähigen Beschlusssentwurf enthalten.

- (2) Für Zusatz- und Änderungsanträge zu den nach Abs. 1 gestellten Anträgen gilt Abs. 1 Satz 3 entsprechend.
- (3) Anträge nach den Absätzen 1 und 2, die Mehrausgaben oder Mindereinnahmen gegenüber den Ansätzen des Haushaltsplanes zur Folge haben, müssen vom Antragsteller / von der antragstellenden Fraktion mit einem Deckungsvorschlag verbunden werden.

§ 17

Abstimmung

- (1) Nach Schluss der Aussprache stellt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die zu dem Tagesordnungspunkt gestellten Sachanträge zur Abstimmung. Der weitest gehende Antrag hat Vorrang. In Zweifelsfällen bestimmt die Bürgermeisterin/der Bürgermeister die Reihenfolge der Abstimmung.
- (2) Jeder Antragstellerin bzw. jedem Antragsteller steht vor der Abstimmung das letzte Wort über ihren bzw. seinen Antrag zu. Sie bzw. er kann den Antrag vor der Abstimmung zurückziehen.
- (3) Die Abstimmung erfolgt im Regelfall durch Handzeichen.
- (4) Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates erfolgt namentliche Abstimmung. Bei namentlicher Abstimmung ist die Stimmabgabe jedes Ratsmitgliedes in der Niederschrift zu vermerken. Die namentliche Abstimmung erfolgt durch Namensaufruf der Ratsmitglieder in alphabetischer Reihenfolge. Diese haben mit „Ja“ oder „Nein“ zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister stimmt zuletzt.
- (5) Auf Verlangen von mindestens einem Fünftel der Mitglieder des Rates wird geheim abgestimmt. Die geheime Abstimmung erfolgt durch Abgabe von Stimmzetteln.
- (6) Wird zum selben Tagesordnungspunkt sowohl die namentliche als auch die geheime Abstimmung beantragt, so hat die geheime Abstimmung Vorrang.
- (7) Das Abstimmungsergebnis wird von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister bekannt gegeben und in der Niederschrift festgehalten.

§ 18

Fragerecht der Ratsmitglieder

- (1) Jedes Ratsmitglied ist berechtigt, schriftliche Anfragen, die sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen, an die Bürgermeisterin / den Bürgermeister zu richten. Anfragen sind mindestens fünf Werktage vor Beginn der Ratssitzung der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister zuzuleiten. Die Beantwortung hat schriftlich zu erfolgen, wenn der Fragesteller es verlangt.
- (2) Jedes Ratsmitglied ist darüber hinaus berechtigt, nach Erledigung der Tagesordnung einer Ratssitzung bis zu zwei mündliche Anfragen, die sich nicht auf die Tagesordnung der Ratssitzung beziehen dürfen, an die Bürgermeisterin / den Bürgermeister zu richten. Die Anfragen müssen Angelegenheiten betreffen, die in den

Aufgabenbereich der Stadt fallen. Sie müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Die Fragestellerin / Der Fragesteller darf jeweils nur zwei Zusatzfragen stellen. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, kann die Fragestellerin / der Fragesteller auf eine Beantwortung in der nächsten Ratssitzung oder auf eine schriftliche Beantwortung verwiesen werden.

- (3) Anfragen dürfen zurückgewiesen werden, wenn
 - a. sie nicht den Bestimmungen der Abs. 1 oder 2 entsprechen,
 - b. die begehrte Auskunft derselben / demselben oder einer anderen Fragestellerin / einem anderen Fragesteller innerhalb der letzten sechs Monate bereits erteilt wurde,
 - c. die Beantwortung offenkundig mit einem unverhältnismäßigen Aufwand verbunden wäre.
- (4) Eine Aussprache findet nicht statt.

§ 19

Fragerecht von Einwohnern

- (1) Nach Möglichkeit ist eine Fragestunde für Einwohner in die Tagesordnung der Ratssitzung vorzusehen. In diesem Fall ist jede Einwohnerin / jeder Einwohner der Stadt berechtigt, nach Aufruf des Tagesordnungspunktes mündliche Anfragen an die Bürgermeisterin / den Bürgermeister zu richten. Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten der Stadt beziehen. Die Einwohnerfragestunde ist an den Anfang der Tagesordnung zu setzen und in der Dauer auf 30 Minuten zu begrenzen.
- (2) Melden sich mehrere Einwohner gleichzeitig, so bestimmt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Reihenfolge der Wortmeldungen. Jede Fragestellerin / Jeder Fragesteller ist berechtigt, höchstens zwei Zusatzfragen zu stellen.
- (3) Die Fragen müssen kurz gefasst sein und eine kurze Beantwortung ermöglichen. Sie müssen sich auf Angelegenheiten der Stadt Oelde von allgemeiner Bedeutung beziehen und dürfen keine Feststellungen oder Wertungen enthalten. Fragen, die anonym gestellt werden, nicht in öffentlicher Sitzung beantwortet werden dürfen oder deren Beantwortung gesetzliche Vorschriften verletzt, Unterstellungen, Feststellungen oder Wertungen beinhalten, offensichtlich unverständlich oder beleidigenden Inhalts sind werden durch die Bürgermeisterin / den Bürgermeister zurückgewiesen.
- (4) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister ruft die Fragesteller in der Reihenfolge des Eingangs der Fragen bei der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister auf. Die Fragesteller haben die Möglichkeit, die Fragen mündlich zu wiederholen oder zu erläutern. Diese Wortmeldung soll nicht länger als zwei Minuten dauern.
- (5) Die Beantwortung der Anfrage erfolgt im Regelfall mündlich durch die Bürgermeisterin / den Bürgermeister. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, so kann die Fragestellerin / der Fragesteller auf schriftliche Beantwortung verwiesen werden. Eine Aussprache findet nicht statt.

- (6) Bezirksausschüsse können beschließen, dass in Angelegenheiten des jeweiligen Bezirks eine Fragestunde für Einwohner in die Tagesordnung aufgenommen wird. In dieser Fragestunde ist jede Einwohnerin / jeder Einwohner berechtigt, Anfragen an die Ausschussvorsitzende / den Ausschussvorsitzenden zu richten. Die Anfragen müssen sich auf Angelegenheiten des Gemeindebezirks beziehen und von allgemeinem Interesse sein. Die Dauer der Fragestunde soll die Zeit von 30 Minuten nicht überschreiten. § 19 Abs. 2 und Abs. 3 der Geschäftsordnung gelten sinngemäß.

§ 20

Wahlen

- (1) Wahlen werden durch offene Abstimmung vollzogen. Die Abstimmung erfolgt im Regelfall durch Handzeichen.
- (2) Wenn das Gesetz es bestimmt oder wenn ein Ratsmitglied der offenen Abstimmung widerspricht, erfolgt die Wahl geheim durch Abgabe von Stimmzetteln. Auf dem Stimmzettel ist der Name der / des zu Wählenden anzugeben oder anzukreuzen. Unbeschriftete Stimmzettel gelten als Stimmenthaltung.
- (3) Gewählt ist die vorgeschlagene Person, die mehr als die Hälfte der gültigen Stimmen erhalten hat. Nein-Stimmen gelten als gültige Stimmen. Erreicht niemand mehr als die Hälfte der Stimmen, so findet zwischen den Personen, welche die beiden höchsten Stimmenzahlen erreicht haben, eine engere Wahl statt.

Gewählt ist, wer in dieser engeren Wahl die meisten Stimmen auf sich vereinigt. Bei Stimmgleichheit entscheidet das Los (§ 50 Abs. 2 GO).

- (4) Für die Besetzung von Ausschüssen des Rates gilt § 50 Abs. 3 GO.

c) Ordnung in den Sitzungen

§ 21

Ordnungsgewalt und Hausrecht

- (1) In den Sitzungen des Rates handhabt die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Ordnung und übt das Hausrecht aus. Ihrer / Seiner Ordnungsgewalt und ihrem / seinem Hausrecht unterliegen - vorbehaltlich der §§ 22 - 24 dieser Geschäftsordnung - alle Personen, die sich während einer Ratssitzung im Sitzungssaal aufhalten. Wer sich ungebührlich benimmt oder sonst die Würde der Versammlung verletzt, kann von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister zur Ordnung gerufen und notfalls aus dem Sitzungssaal gewiesen werden.
- (2) Entsteht während einer Sitzung des Rates unter den Zuhörern störende Unruhe, so kann die Bürgermeisterin / der Bürgermeister nach vorheriger Abmahnung den für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungssaales räumen lassen, wenn die störende Unruhe auf andere Weise nicht zu beseitigen ist.

§ 22

Ordnungsruf und Wortentziehung

- (1) Redner, die vom Thema abschweifen, kann die Bürgermeisterin / der Bürgermeister zur Sache rufen.
- (2) Redner, die ohne Worterteilung das Wort an sich reißen oder die vorgeschriebene Redezeit trotz entsprechender Abmahnung überschreiten, kann der Bürgermeister zur Ordnung rufen.
- (3) Hat eine Rednerin / ein Redner bereits zweimal einen Ruf zur Sache (Abs. 1) oder einen Ordnungsruf (Abs. 2) erhalten, so kann die Bürgermeisterin / der Bürgermeister ihr / ihm das Wort entziehen, wenn die Rednerin / der Redner Anlass zu einer weiteren Ordnungsmaßnahme gibt. Einer Rednerin / Einem Redner, der / dem das Wort entzogen ist, darf es in derselben Ratssitzung zu dem betreffenden Tagesordnungspunkt nicht wieder erteilt werden.

§ 23

Entzug der Sitzungsentschädigung, Ausschluss aus der Sitzung

- (1) Ein Ratsmitglied kann durch Beschluss des Rates nach § 51 Abs. 2 GO für eine oder mehrere Sitzungen ausgeschlossen und ihm können die auf den Sitzungstag entfallenden Entschädigungen ganz oder teilweise entzogen werden, wenn das Ratsmitglied
 - a. nach wiederholtem Ordnungsruf und nach Androhung des Sitzungsausschlusses seitens der / des Vorsitzenden ihr / sein störendes Verhalten fortsetzt oder
 - b. in gröblicher Weise die Ordnung verletzt.
- (2) Hält die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Voraussetzungen für den Ausschluss eines Ratsmitgliedes nach Abs. 1 für gegeben und hält sie / er den sofortigen Ausschluss des Ratsmitgliedes für erforderlich, so kann sie / er den sofortigen Ausschluss verhängen und durchführen. Der Rat befindet über die Berechtigung dieser Maßnahme in der nächsten Sitzung (§ 51 Abs. 3 GO).

§ 24

Einspruch gegen Ordnungsmaßnahmen

- (1) Gegen Ordnungsmaßnahmen nach § 22 dieser Geschäftsordnung steht der / dem Betroffenen der Einspruch zu.
- (2) Über die Berechtigung der Ordnungsmaßnahme befindet alsdann der Rat in der nächsten Sitzung ohne die Stimme der / des Betroffenen. Dieser / Diesem ist Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Die Entscheidung des Rates ist der / dem Betroffenen zuzustellen.

3. Niederschrift über die Ratssitzungen,

Unterrichtung der Öffentlichkeit

§ 25

Niederschrift

- (1) Über die im Rat gefassten Beschlüsse ist durch die Schriftführerin / den Schriftführer eine Niederschrift aufzunehmen. Die Niederschrift muss enthalten:
 - a. die Namen der anwesenden und fehlenden Ratsmitglieder,
 - b. die Namen der sonstigen an den Beratungen teilnehmenden Personen,
 - c. Ort und Tag sowie Zeitpunkt des Beginns, einer etwaigen Unterbrechung und der Beendigung der Sitzung,
 - d. die behandelten Beratungsgegenstände,
 - e. die gestellten Anträge,
 - f. die gefassten Beschlüsse und die Ergebnisse von Wahlen.
 - g. Angaben zu befangenen Ratsmitgliedern (an 3. Stelle)
 - h. Angaben über die Öffentlichkeit und die Nichtöffentlichkeit der Sitzung.
 - i. Sachbeiträge einzelner Ratsmitglieder sind nur auf deren ausdrücklichen Wunsch zu protokollieren,
 - j. Anfragen nach § 18 und ihre Beantwortung
- (2) Die Niederschrift soll eine gedrängte Wiedergabe des Verhandlungsverlaufs enthalten.
- (3) Die Schriftführerin / Der Schriftführer wird vom Rat bestellt. Soll eine Bedienstete / ein Bediensteter der Stadtverwaltung bestellt werden, so erfolgt die Bestellung im Benehmen mit der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister.
- (4) Die Niederschrift wird von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister und der / dem vom Rat zu bestellten Schriftführerin / Schriftführer unterzeichnet. Verweigert einer der Genannten die Unterschrift, so ist dies in der Niederschrift zu vermerken. Die Niederschrift ist allen Ratsmitgliedern möglichst innerhalb eines Monats in der Form zuzuleiten, wie die Einberufung erfolgt. Dabei ist sicherzustellen, dass unberechtigte Dritte keinen Zugriff auf den Teil der Niederschrift nehmen können, die in nichtöffentlicher Sitzung behandelt wurden.
- (5) Werden gegen die Richtigkeit der Niederschrift insgesamt oder gegen Teile davon innerhalb von 7 Tagen nach Zustellung Einwendungen erhoben, so muss die Bürgermeisterin / der Bürgermeister diese dem Rat zur Kenntnis bringen. Hält der Rat die Einwendungen für begründet, kann er dies durch Beschluss feststellen. Einwendungen sind schriftlich oder zur Niederschrift des Schriftführers zu erheben. Sie müssen eine Begründung und einen neuen Formulierungsvorschlag enthalten.

§ 26

Unterrichtung der Öffentlichkeit

- (1) Über den wesentlichen Inhalt der vom Rat gefassten Beschlüsse ist die Öffentlichkeit in geeigneter Weise zu unterrichten. Dies kann dadurch geschehen, dass die Bürgermeisterin / der Bürgermeister den Wortlaut eines vom Rat gefassten Beschlusses in öffentlicher Sitzung verliest und ihn erforderlichenfalls außerdem im unmittelbaren Anschluss an die Sitzung der örtlichen Presse zugänglich macht.
- (2) Außerhalb der Ratssitzungen obliegt die Unterrichtung der Öffentlichkeit über die vom Rat gefassten Beschlüsse der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister.
- (3) Die Unterrichtung gilt grundsätzlich auch für Beschlüsse des Rates, die in nichtöffentlicher Sitzung gefasst werden, es sei denn, dass der Rat im Einzelfall ausdrücklich etwas anderes beschlossen hat.

II. Geschäftsordnung der Ausschüsse

§ 27

Grundregel

Auf das Verfahren in den Ausschüssen finden grundsätzlich die für den Rat geltenden Vorschriften entsprechend Anwendung, soweit nicht § 28 dieser Geschäftsordnung abweichende Regelungen enthält.

§ 28

Abweichungen für das Verfahren der Ausschüsse

- (1) Die / Der Ausschussvorsitzende setzt die Tagesordnung im Benehmen mit der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister fest (§ 58 Abs. 2 Satz 2 GO). Die / Der Ausschussvorsitzende ist auf Verlangen der Bürgermeisterin / des Bürgermeisters bzw. auf Antrag einer Fraktion verpflichtet, einen Gegenstand in die Tagesordnung aufzunehmen.
- (2) Über Zeit, Ort und Tagesordnung der Ausschusssitzungen unterrichtet die Bürgermeisterin / der Bürgermeister die Öffentlichkeit in geeigneter Weise, ohne dass es einer öffentlichen Bekanntmachung nach § 5 dieser Geschäftsordnung bedarf.
- (3) Die Beschlussfähigkeit von Ausschüssen ist über § 9 Abs. 1 Satz 2 dieser Geschäftsordnung hinaus nur dann gegeben, wenn die Zahl der anwesenden Ratsmitglieder die Zahl der anwesenden sachkundigen Bürgerinnen / Bürger (stimmberechtigte Ausschussmitglieder nach § 58 Abs. 3 GO) übersteigt. Diese Regelung gilt nicht für Bezirksausschüsse und den Jugendhilfeausschuss. Ausschüsse gelten auch insoweit als beschlussfähig, solange ihre Beschlussunfähigkeit nicht festgehalten ist.
- (4) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister und die Beigeordneten sind berechtigt und auf Verlangen eines Ausschusses in Angelegenheiten ihres Geschäftsbereichs verpflichtet, an dessen Sitzungen teilzunehmen. Sie sind berechtigt und auf

Verlangen mindestens eines Ausschussmitgliedes verpflichtet, zu einem Punkt der Tagesordnung vor dem Ausschuss Stellung zu nehmen.

- (5) Die Bürgermeisterin / Der Bürgermeister ist zu allen Ausschusssitzungen einzuladen. Sie / Er hat das Recht, mit beratender Stimme an den Sitzungen teilzunehmen; ihr / ihm ist auf Verlangen jederzeit das Wort zu erteilen. Die Niederschriften über die Ausschusssitzungen sind den Ausschussmitgliedern, dem Bürgermeister und allen Ratsmitgliedern digital bereitzustellen.
- (6) An den nichtöffentlichen Sitzungen eines Ausschusses können die stellvertretenden Ausschussmitglieder und alle Ratsmitglieder als Zuhörer teilnehmen. Sachkundige Bürgerinnen / Bürger und sachkundige Einwohnerinnen / Einwohner, die zu stellvertretenden Ausschussmitgliedern gewählt worden sind, können an den nichtöffentlichen Sitzungen dieses Ausschusses als Zuhörerinnen / Zuhörer teilnehmen. Mitglieder anderer Ausschüsse können an einer Ausschusssitzung teilnehmen, soweit deren Aufgabenbereich durch den Beratungsgegenstand berührt wird. Zuhörer haben sich in dem für die Zuhörer bestimmten Teil des Sitzungsraumes aufzuhalten. Die Teilnahme als Zuhörer begründet keinen Anspruch auf Ersatz des Verdienstausfalls und auf Zahlung von Sitzungsgeld (§ 58 Abs. 1 GO).
- (7) Die §§ 18 und 13 Abs. 6 dieser Geschäftsordnung finden auf Ausschüsse keine Anwendung.
- (8) Steht in einer Ausschusssitzung das schriftlich vorliegende Anliegen einer Einwohnerin oder eines Einwohners im Sinne von § 24 Abs. 1 GO auf der Tagesordnung, so kann dieser Einwohnerin bzw. diesem Einwohner auf Beschluss des Ausschusses das Recht eingeräumt werden, das jeweilige Anliegen zu erläutern und die Eingabe zu begründen. Die Redezeit beträgt 10 Minuten und kann auf Beschluss des Ausschusses verlängert oder gekürzt werden.
- (9) Ratsmitglieder, die einen Antrag gestellt haben, über den der Ausschuss berät, sind zu der Sitzung zu laden, auch wenn sie nicht Mitglied sind; sie können sich an der Beratung über diesen Punkt beteiligen.
- (10) In den Ausschüssen ist eine Niederschrift über die Beschlüsse aufzunehmen. Die Niederschrift ist der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister und den Ausschussmitgliedern in der Form zuzuleiten, wie auch die Einberufung erfolgt.

§ 29

Einspruch gegen Beschlüsse

entscheidungsbefugter Ausschüsse

- (1) Beschlüsse von Ausschüssen mit Entscheidungsbefugnis können erst durchgeführt werden, wenn innerhalb von drei Tagen, den Tag der Beschlussfassung nicht eingerechnet, weder von der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister noch von mindestens einem Fünftel der Ausschussmitglieder schriftlich Einspruch eingelegt worden ist.
- (2) Über einen Einspruch entscheidet der Rat.

III. Fraktionen

§ 30

Bildung von Fraktionen

- (1) Fraktionen sind freiwillige Vereinigungen von Ratsmitgliedern, die sich auf der Grundlage grundsätzlicher politischer Übereinstimmung zu möglichst gleichgerichtetem Wirken zusammengeschlossen haben. Eine Fraktion muss aus mindestens 2 Ratsmitgliedern bestehen. Jedes Ratsmitglied kann nur einer Fraktion angehören.
- (2) Die Bildung einer Fraktion ist der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister von der / dem Fraktionsvorsitzenden schriftlich anzuzeigen. Die Mitteilung muss die genaue Bezeichnung der Fraktion, die Namen der / des Fraktionsvorsitzenden und ihres / seines Stellvertreters sowie aller der Fraktion angehörenden Ratsmitglieder enthalten. Ferner ist anzugeben, wer berechtigt ist, für die Fraktion Anträge zu stellen oder sonstige Erklärungen abzugeben. Unterhält die Fraktion eine Geschäftsstelle, so hat die Mitteilung auch die Anschrift der Geschäftsstelle zu enthalten.
- (3) Ratsmitglieder, die keiner Fraktion angehören, können von einer Fraktion als Hospitanten aufgenommen werden. Bei der Feststellung der Mindeststärke einer Fraktion zählen die Hospitanten nicht mit.
- (4) Die Auflösung einer Fraktion, der Wechsel im Fraktionsvorsitz (stellvertretenden Fraktionsvorsitz) sowie die Aufnahme und das Ausscheiden von Mitgliedern sind der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister von der / dem Fraktionsvorsitzenden ebenfalls schriftlich anzuzeigen.
- (5) Die Fraktionen haben hinsichtlich der Verarbeitung personenbezogener Daten (i.S.d. § 4 Datenschutzgesetz Nordrhein-Westfalen i.V.m. Art. 4 DSGVO) die erforderlichen technischen und organisatorischen Maßnahmen zu treffen, um eine den Vorschriften des Datenschutzgesetzes Nordrhein-Westfalen entsprechende Datenverarbeitung sicherzustellen. Sie sind verpflichtet, bei der Auflösung der Fraktion die aus der Fraktionsarbeit erlangten personenbezogenen Daten zu löschen (Art. 17 Abs. 1 Alt. 2 a) DSGVO).

IV. Datenschutz

§ 31

Datenschutz

- (1) Die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse, die im Rahmen der Ausübung ihrer ehrenamtlichen Tätigkeit Zugang zu vertraulichen Unterlagen, die personenbezogene Daten enthalten, haben bzw. von ihnen Kenntnis erlangen, dürfen solche Daten nur zu dem jeweiligen, der rechtmäßigen Aufgabenerfüllung dienenden Zweck verarbeiten oder offenbaren.
- (2) Personenbezogene Daten sind alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person beziehen. Als identifizierbar wird eine natürliche

Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann.

- (3) Vertrauliche Unterlagen sind alle Schriftstücke, automatisierte Dateien und sonstige Datenträger, die als solche gekennzeichnet sind oder personenbezogene Daten enthalten. Hierzu zählen auch mit vertraulichen Unterlagen in Zusammenhang stehende handschriftliche oder andere Notizen.
- (4) Die Aufzeichnung der Ratssitzungen mittels technischer Hilfsmittel ist untersagt soweit sie nicht der Erstellung der Niederschrift dienen. Die Vorschriften des Strafgesetzbuches zur Vertraulichkeit des Wortes bleiben unberührt.
- (5) Die Ratsmitglieder, die sachkundigen Bürgerinnen / Bürger und die beratenden Ausschussmitglieder sind verpflichtet, über den Inhalt von Vorlagen und Beratungen in nichtöffentlichen Sitzungen Stillschweigen zu bewahren.

§ 32

Datenverarbeitung

- (1) Die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse sind verpflichtet, vertrauliche Unterlagen so aufzubewahren, dass sie ständig vor Kenntnisnahme und Zugriff Dritter (z.B. Familienangehörige, Besucher, Parteifreunde, Nachbarn, etc.) gesichert sind. Dieses gilt auch für den Transport der Unterlagen. In begründeten Einzelfällen ist der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister auf Verlangen Auskunft über die getroffenen Datensicherungsmaßnahmen zu geben.
- (2) Eine Weitergabe von vertraulichen Unterlagen oder Mitteilung über den Inhalt an Dritte, ausgenommen im erforderlichen Umfang bei Verhinderung an die Stellvertreterin / den Stellvertreter, ist nicht zulässig. Dieses gilt auch für die Zeit nach Ausscheiden aus dem Rat.
- (3) Die Mitglieder der Gemeindevertretung und der Ausschüsse sind bei einem Auskunftersuchen einer / eines Betroffenen nach dem Landesdatenschutzgesetz verpflichtet, der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister auf Anfrage schriftlich Auskunft über die bei ihnen aufgrund dieser Tätigkeit zu einer bestimmten Person gespeicherten Daten zu erteilen (vgl. § 49 Abs.1 DSG NRW). Zu beachten ist hierbei die Beschränkung des Auskunftsrechts gem. § 12 DSG NRW.
- (4) Vertrauliche Unterlagen sind unverzüglich und dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen, wenn diese für die Aufgabenerfüllung nicht mehr benötigt werden.

- (5) Bei vertraulichen Beschlussunterlagen einschließlich aller damit in Zusammenhang stehenden Unterlagen ist dieses regelmäßig anzunehmen, wenn die Niederschrift über die Sitzung, in der der jeweilige Tagesordnungspunkt abschließend behandelt wurde, genehmigt ist.
- (6) Bei einem Ausscheiden aus der Gemeindevertretung oder einem Ausschuss sind alle vertraulichen Unterlagen sofort dauerhaft zu vernichten bzw. zu löschen.
- (7) Die Unterlagen können auch der Gemeindeverwaltung zur Vernichtung bzw. Löschung übergeben werden.
- (8) Die ausgeschiedenen Mitglieder haben die Vernichtung bzw. die Löschung aller vertraulichen Unterlagen gegenüber der Bürgermeisterin / dem Bürgermeister schriftlich zu bestätigen.

§ 33

Ratsinformationssystem

- (1) Die Stadt Oelde betreibt für die Mitglieder des Rates und der Ausschüsse (Mandatsträger) nach Maßgabe der folgenden Regelungen ein internetbasiertes Ratsinformationssystem (RIS), das der Information sowie zur Vorbereitung auf die Sitzung dient.
- (2) Die Stadt Oelde ermöglicht den Mandatsträgern – unter Nutzung ihrer eigenen technischen Ausstattung – den Zugang zu dem RIS einschließlich der sie betreffenden nicht öffentlichen Dokumente unter Nutzung einer speziellen Verschlüsselung.
- (3) Die Stadt Oelde stellt einen Hotspot in den Ratssälen und Besprechungsräumen mit einem gesicherten Zugang zur Verfügung, damit das RIS unter Verwendung eines mobilen Endgerätes von den Rats- und Ausschussmitgliedern online genutzt werden kann.
- (4) Mandatsträger nach Absatz 1, die das RIS nutzen, sind verpflichtet,
 - a. das von ihnen hierzu verwendete Gerät durch ein Passwort zu schützen, das den jeweils aktuellen durch das Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie empfohlenen Sicherheitsstandard erfüllt (das Passwort darf dabei nicht an Dritte weitergegeben werden),
 - b. Dokumente, die sich auf den nicht öffentlichen Teil von Sitzungen beziehen oder sonst vertraulich zu behandeln sind, nur auf speziell verschlüsselten Speichermedien abzulegen,
 - c. das von ihnen verwendete Gerät mit einem Viren- und Zugriffsschutz auszustatten und diesen fortlaufend zu aktualisieren.
- (5) Innerhalb des RIS sind verfügbar zu machen

- a. Für sämtliche Mandatsträger: Einladung, Tagesordnung und zugehörige Beratungsunterlagen zu den öffentlichen Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse sowie den entsprechenden Niederschriften über die öffentlichen Sitzungen,
- b. Für Mitglieder des Rates: Einladung, Tagesordnung und zugehörige Beratungsunterlagen zu den nicht öffentlichen Sitzungen des Rates und seiner Ausschüsse sowie die entsprechenden Niederschriften über die nicht öffentlichen Sitzungen,
- c. Für die Mitglieder der Ausschüsse (und deren Stellvertreter):
Einladung, Tagesordnung und zugehörige Beratungsunterlagen zu den nicht öffentlichen Sitzungen des jeweiligen Ausschusses und die entsprechenden nicht öffentlichen Niederschriften über die Sitzungen.

V. Schlussbestimmungen, Inkrafttreten

§ 34

Schlussbestimmungen

- (1) Jedem Mitglied des Rates und der Ausschüsse ist eine Ausfertigung dieser Geschäftsordnung auszuhändigen oder digital zur Verfügung zu stellen. Wird die Geschäftsordnung während der Wahlzeit geändert, so ist auch die geänderte Fassung auszuhändigen.

§ 35

Inkrafttreten

Diese Geschäftsordnung tritt mit dem Tage nach der Beschlussfassung durch den Rat in Kraft. Gleichzeitig tritt die frühere Geschäftsordnung vom 01.01.2010 außer Kraft.

4.4. Änderung der Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde T 2020/011/4673

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt mit:

Aufgrund von gesetzlichen Änderungen wurde die Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde überarbeitet.

Beschluss:

Der Rat beschließt einstimmig die folgende

Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde

Der Rat der Stadt Oelde hat aufgrund des § 43 Abs. 3 Satz 2 GO der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW) unter Einbeziehung der Regelungen des Korruptionsbekämpfungsgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen in seiner Sitzung am 23. November 2020 nachstehende Ehrenordnung beschlossen:

§ 1 Auskunftspflichten

- (1) Rats- und Ausschussmitglieder sowie sachkundige Bürgerinnen und Bürger (Mandatsträger) haben schriftlich Auskunft über folgende persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse zu geben:
1. Name, Vorname, Anschrift
 2. Familienstand, ggf. Name des Ehegatten und der Kinder
 3. gegenwärtig ausgeübte Berufe, insbesondere
 - a) bei unselbständiger Tätigkeit: Angabe des Arbeitgebers mit Branche bzw. Dienstherr, Angabe der dienstlichen Stellung bzw. Funktion
 - b) bei selbständigen Gewerbetreibenden: Art des Gewerbes und Angabe der Firma
 - c) bei freien Berufen und sonstigen selbständigen Berufen: Angabe des Berufs und Berufszweiges sowie der Firma.

Bei mehreren gleichzeitig ausgeübten Berufen ist der Schwerpunkt der beruflichen Tätigkeit kenntlich zu machen.
 4. Beraterverträge, insbesondere über die entgeltliche Beratung, Vertretung fremder Interessen oder der Erstattung von Gutachten, soweit diese Tätigkeiten außerhalb des von ihnen angezeigten Berufs erfolgen.
 5. Mitgliedschaft in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien im Sinne des § 125 Absatz 1 Satz 5 des Aktiengesetzes.
 6. Mitgliedschaft in Organen von rechtlich verselbständigten Aufgabenbereichen in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form der in § 1 Absatz 1 und Absatz 2 des Landesorganisationsgesetzes genannten Behörden und Einrichtungen.
 7. Mitgliedschaft in Organen sonstiger privatrechtlicher Unternehmen.
 8. Funktionen in Vereinen oder vergleichbaren Gremien.
 9. Grundvermögen innerhalb des Stadtgebietes sowie die Beteiligung an Unternehmen mit Sitz oder einer Tätigkeit in der Stadt Oelde.
- (2) Die Auskunftspflicht umfasst nicht die Mitteilung von Tatsachen über Dritte, für die die/der Auskunftsverpflichtete gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten geltend machen kann.
- (3) Die Mandatsträger haben die vorstehenden Auskünfte unmittelbar nach der Mandatsübernahme der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister zu geben. Änderungen zu den gemachten Angaben sind unverzüglich der Bürgermeisterin/ dem Bürgermeister mitzuteilen.
- (4) Von den Auskunftspflichten unberührt bleiben gegenüber Prüfeinrichtungen im Einzelfall zu gebende Auskünfte sowie die Pflicht gemäß § 31 GO NRW eine Befangenheit im Einzelfall anzuzeigen.

§ 2 Herstellung von Transparenz - Ratsmitglieder -

- (1) Die Angaben der Ratsmitglieder nach § 1 Absatz 1 Ziffern 1, 3, 5, 6 und 7 sind gemäß § 95 Absatz 3 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen Bestandteil des Lageberichtes zum Jahresabschluss der Gemeindeordnung.

- (2) Sie werden daher jährlich im Rahmen der für den Jahresabschluss geltenden Veröffentlichungspflichten gemeinsam mit diesem veröffentlicht.
- (3) Die Angaben der Ratsmitglieder nach § 1 Absatz 1 Ziffern 4 und 8 werden unter Berücksichtigung des Rechtes auf informationelle Selbstbestimmung aufgrund von überwiegenden berechtigten Belangen Dritter im Rahmen des Absatzes 1 ebenfalls mit veröffentlicht.
- (4) Die nach § 1 Absatz 1 Ziffern 2 und 9 erteilten oder nach Absatz 1 nicht öffentlich bekannt gemachten Auskünfte dürfen nur im Rahmen der Geschäftsführung des Rates und der Ausschüsse verwendet werden; sie sind im Übrigen vertraulich zu behandeln.
- (5) Die Bürgermeisterin/ der Bürgermeister erstattet dem Rat jährlich schriftlich Bericht über die Einhaltung der Auskunftspflichten.

§ 3

Herstellung von Transparenz -Mitglieder der Ausschüsse (soweit nicht Ratsmitglied) -

- (1) Die Angaben der Ausschussmitglieder (soweit nicht Ratsmitglied) sind jährlich, jeweils 14 Tage, in den Räumen der Stadtverwaltung Oelde einsehbar.
- (2) Im Rahmen einer jährlichen öffentlichen Bekanntmachung wird auf die Möglichkeit der Einsichtnahme nach Absatz 1 hingewiesen.
- (3) Die Einsichtnahme ist nur in die Angaben nach § 1 Absatz 1 Ziffer 1 und Ziffern 3 bis 8 möglich.
- (4) Den Ausschussmitgliedern (soweit nicht Ratsmitglied) ist im Rahmen einer Anhörung, die einmal je Wahlperiode stattfindet, Gelegenheit zu geben, sich zu der Veröffentlichung zu äußern.

§ 4

Nach Ablauf der Wahlperiode sind die Daten der ausgeschiedenen Mitglieder zu löschen.

§ 5

Die Ehrenordnung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde vom 10.10.2005 außer Kraft.

5. Kenntnisgabe von über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen in den Haushaltsjahren 2019 und 2020

M 2020/200/4628

Frau Bürgermeisterin Rodeheger trägt vor:

Nicht erhebliche über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, die vom Kämmerer bzw. der Fachdienstleiterin Finanzen genehmigt wurden, sind dem Rat gemäß § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW zur Kenntnis zu geben.

Alle bereitgestellten Beträge konnten durch Mehrerträge oder Minderaufwendungen bzw. Mehreinzahlungen oder Minderauszahlungen gedeckt werden.

Im Einzelnen werden die in der Anlage zu TOP 5 aufgeführten über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen aus den Haushaltsjahren 2019 und 2020 zur Kenntnis gegeben.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt Kenntnis.

6. Finanzstatusbericht Herbst 2020

M 2020/200/4668

Frau Bürgermeisterin Rodeheger leitet in den Tagesordnungspunkt wie folgt ein:

„Dieses Haushaltsjahr schließt trotz der Corona-bedingten Belastungen mit einem positiven Jahresergebnis ab. Das irritiert und verwundert auf den ersten Blick und in der Tat, es lässt auch einen vollkommen falschen Eindruck entstehen. Denn einen Überschuss haben wir nicht erzielt – im Gegenteil, wir sind weit davon entfernt.“

Der buchhalterische Überschuss entsteht aufgrund rechtlicher Vorgaben des Landes NRW, die den buchhalterischen Umgang mit den Corona-Schäden zwingend vorgibt.

Das mit Verabschiedung des Haushaltsplans vorgesehene Defizit in Höhe von 5,58 Mio. EUR konnte unterjährig bereits aufgrund von Minderausgaben auf -2,3 Mio. EUR zurückgeführt werden. Im Zuge der Pandemie konnten zahlreiche Maßnahmen nicht wie geplant durchgeführt werden.

Der Corona-bedingte Schaden, z.B. durch Mindereinnahmen bei der Gewerbesteuer oder einem geringeren Anteil an der Einkommenssteuer

Beträgt in Summe rund 7,8 Mio. EUR. Wir dürfen davon ausgehen, dass Bund und Land zur Kompensation der Corona-bedingten Schäden rund 4 Mio. EUR für Oelde bereitstellen werden. Damit wird der Corona-bedingte Schaden auf rund 3,8 Mio. EUR zurückgeführt.

Nun schreibt das Land vor, dass dieser Schaden rein buchhalterisch aus dem Jahresergebnis 2020 auszubuchen ist. Im Ergebnis kommt es damit zu einer Ergebnisverbesserung in Höhe von 3,8 Mio. EUR, die das negative Jahresergebnis von -2,3 Mio. EUR in einen Jahresüberschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR verwandelt. Dieser Buchungsvorgang ist

vorgeschrieben. Daher ist mir diese Erläuterung wichtig. Es handelt sich um einen rein buchhalterischen Überschuss.

Denn: Dieses Ergebnis trifft keine Aussage zur Liquidität der Stadt Oelde. Während zu Jahresbeginn noch ein Kassenüberschuss in Höhe von 10 Mio. EUR vorhanden war, nimmt die Stadt Oelde seit Mai durchgehend Kassenkredite in Anspruch, um laufende Verbindlichkeiten erfüllen zu können. Dieser Kassenkredit ist auf aktuell 11,5 Mio. angewachsen. Damit ist Liquidität in Höhe von 21,5 Mio. EUR abgeflossen."

Herr Jathe trägt anhand der als Anlage zu TOP 6 beigefügten Präsentation den Finanzstatusbericht Herbst 2020 wie folgt vor:

Traditionell legt die Verwaltung im Herbst die zweite Finanzstatusprognose für das laufende Jahr vor.

Bei Aufstellung des Haushaltes wurde bei einem Gesamthaushaltsvolumen von knapp 87,5 Mio. € ein Jahresfehlbetrag von – 5,5 Mio. € erwartet.

Die Entwicklung des laufenden Haushalts 2020 war vor allem geprägt durch die finanziellen Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die Stadt.

1. Gewerbesteuerentwicklung:

Allen voran ist die Gewerbesteuer betroffen. Die Grafik zeigt die Entwicklung der Gewerbesteuer im laufenden Jahr, die untere rote Kurve zeigt die das laufende Jahr betreffenden Einnahmen, die darüber liegende Kurve zeigt die Steuergesamtsumme unter Einbeziehung auch von Nachzahlungen für vergangene Steuerjahre.

Finanziell waren vor allem die Monate April und Mai eine gefühlsmäßige Achterbahnfahrt – leider in dieser Zeit nur in eine Richtung: steil bergab. Während Anfang März die Realisierung der erwarteten Gewerbesteuererinnahmen von 20,1 Mio. € noch als gesichert angesehen werden konnte, reagierten die örtlichen Unternehmen innerhalb weniger Tage und Wochen auch den ersten Corona-Lockdown und passten ihre Gewerbesteuervorauszahlungen entsprechend der plötzlich auftretenden Unsicherheiten und vor allem der internationalen Handelseinschränkungen drastisch nach unten an. Ende Mai waren es nur noch 13,5 Mio. €, also ein Einbruch von 1/3tel. Allein 5 Mio. € Minus brachte der Steuertermin am 15.5, - erstmals in der Geschichte der Stadt ein Steuertermin mit mehr Auszahlungen aus der Stadtkasse als Einnahmen.

Seit Anfang Oktober entspannt sich die Lage nun ein wenig. Zum Jahresende erwarten wir nun einen Gewerbesteuerertrag zwischen 15 und 15,7 Mio. €, was aber im Durchschnitt immer noch einen Minderertrag gegenüber dem Haushaltsansatz von rund 5 Mio. € bedeutet. Einziger kleiner Wehrmutstropfen. Von dem weniger an Gewerbesteuererträgen ist dementsprechend auch weniger an Gewerbesteuerumlage an Bund und Land abzuführen, was laut Finanzstatusbericht auf der Aufwandsseite eine Minderung gegenüber dem Haushaltsplan von rund 433 T € erwarten lässt.

2. Corona-bedingte Finanzschäden im Haushalt 2020:

Die Gewerbesteuerminderung ist eine der wesentlichen Posten der Corona-bedingten Schäden im Haushalt 2020. Auch wenn die Entwicklung unter Einbeziehung der Steuernachzahlungen ein wenig Besserung zum Jahresende verspricht, als wenn man die

Gewerbsteuerentwicklung um die Nachzahlungen für Vorjahre – die ja unabhängig von Corona angefallen sind – korrigiert, errechnet sich für die Stadt Oelde zum maßgebenden Meldestichtag Ende 3. Quartal ein Gewerbesteuerausfallschaden von rund 6,7 Mio. € für Oelde, siehe erste Zeile dieser Schadensaufstellung.

In den nachfolgenden Zeilen sehen Sie die sonstigen Corona-bedingten Mehr- und Minderbelastungen dieses Jahres im Überblick

a)

Mehraufwendungen z.B. für die Beschaffung von persönlicher Schutzausrüstung und die verteilten Masken für unsere Bürger belaufen sich auf rund 91 T € für Sachbeschaffungen zuzüglich zahlreicher angefallener Überstunden im Hause. Personalkosten für zusätzliche Stellenbedarfe sind darin noch nicht enthalten.

b)

Viel deutlicher wirken sich aber die Mindereinnahmen im Bereich der Gewerbesteuer, der gemeindlichen Einkommenssteueranteile, der Vergnügungssteuer, der Mindereinnahmen bei Elternbeiträgen von Kita und OGS und fehlende Gebühreneinnahmen bei VHS und Stadtbücherei aus.

Rund 106 T€ waren infolge ausgefallener Kurse an Mindereinnahmen bei der VHS zu verzeichnen; diese Ausfälle konnten aber aufgefangen werden, weil ausgefallene Kurse zugleich auch zum Ausfall der Honorarausgaben für die freiberuflich tätigen Dozenten führten. Weitere rund 78 T € konnten an Kompensationsmitteln für Kursausfälle vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge beantragt werden. Im Bereich der Kindertagesstätten waren bei den Elternbeiträgen Einnahmeausfälle von rund 480 T € zu verzeichnen. 120 T € entfielen dabei auf die Folgen von Kurzarbeit oder Arbeitslosigkeit. Sinkende Einkommen führen zu einer entsprechenden Änderung der Eingruppierung in niedrigere Einkommensklassen der Elternbeitragstabellen. Die verbleibenden 360 T € entfielen auf Beitragsausfälle infolge der vorübergehenden Lockdown-bedingten Schließung der Kitas und der übrigen Tagesbetreuungsangebote bzw. nachfolgend der stufenweisen eingeschränkten Wiedereröffnung nach dem ersten Lockdown. Diesen Einnahmeausfall teilen sich Land und Kommune je zur Hälfte. 180 T € bleiben demzufolge an Mindereinnahmen bei der Stadt Oelde hängen. Weitere Mindereinnahmen gab es im Bereich der Gebühreneinnahmen der Stadtbücherei. Insgesamt summieren sich diese Positionen der Mindererträge auf stolze 920 T €; weitere 45 T € ergeben sich durch Ausfälle bei der Vergnügungssteuer, da die Spielhalle mehr als ¼ des Jahres vollständig geschlossen waren. Auch im Bereich der Einkommenssteuer führt die bundesweite Minderung des Beschäftigungsumfangs durch weniger Überstunden oder Kurzarbeit

Alle Corona-Schadenspositionen summieren sich auf über 7,9 Mio. €, wobei der wesentliche Anteil auf die Mindereinnahmen entfällt. Die Ausfälle infolge des Lockdowns im Monat November 2020 sind darin noch nicht enthalten.

c)

Von diesem sogenannten Brutto-Schadensbetrag sind in Abzug zu bringen die bereits erhaltenen Kompensationen von Bund und Land für den Ausfall der VHS-Kursgebühren und der fehlenden Erträge aus den Elternbeiträgen für OGS und Kita während der Corona-bedingten Schließung der Einrichtungen. Ebenso die vom Bund und Land angekündigte, aber noch nicht enthaltene Kompensationszahlung zum Ausgleich der Gewerbesteuerausfälle. Hier wird Ende November / Anfang Dezember 2020 die Verabschiedung des entsprechenden Landesgesetzes und anschließende umgehende Auszahlung der Mittel an die Kommunen erwartet. Für Oelde sind auf Basis eines landesweiten Mittelwertes der Steuerausfallquote

Kompensationszahlungen im Umfang von 4,02 Mio. € angenommen worden. Eine genauere Bezifferung der auf Oelde entfallenden Mittel ist derzeit – auch nach direkter Nachfrage beim Kommunalministerium am vergangenen Freitag – leider nicht möglich.

Hinweis:

Der Gewerbesteuerschadensausgleich wurde zunächst mit 4,02 Mio. € angenommen auf Basis einer landesweiten Minderertrags-Durchschnittsquote. Der tatsächliche Gewerbesteuerausfall liegt in Oelde jedoch höher. Im Idealfall würde sich nach dem Gesetzentwurf zum Gewerbesteuerschadensausgleich eine max. Gewerbesteuerkompensation von bis zu 5,07 Mio.€ errechnen (+ 1 Mio. € gegenüber dem im Finanzstatus unterstellten Wert. Dieser höhere Kompensationsbetrag wurde zunächst im Finanzstatusbericht nicht erfasst, da seine Realisierung infolge der landesweiten Deckelung des Finanztopfes zum Gewerbesteuerschadensausgleiches fraglich erscheint.

Sollte der Gewerbesteuerschadensausgleich des Bundes und des Landes NRW höher ausfallen, würde sich der verbleibende Corona-Nettoschaden in gleicher Summe erniedrigen und umgekehrt, so dass dies bei vollständiger Aktivierung des Nettoschadens immer zu einem unveränderten Ergebnis führen würde. Abweichungen ergeben sich nur, soweit Gewerbesteuerschäden nicht aktiviert werden.

Es verbleibt ein Corona-bedingter Nettoschaden im Jahr 2020 von voraussichtlich immer noch 3,85 Mio. €, der sich wie folgt ermittelt:

Corona-bedingte Mindererträge	7.846.000 €
+ Corona-bedingte Mehraufwendungen	91.000 €
= Corona-bedingter Schaden	7.937.000 €
- Kompensation Gewerbesteuerausfälle	- 4.020.000 €
- Erstattung vom Bund aus dem SodEG	- 67.381 €
- Erstattung vom Land für den Ausfall von Elternbeiträgen	- 179.247 €
= Corona-bedingter Nettoschaden	3.849.619 €

d)

Dieser verbleibende Corona-Nettoschaden von 3,85 Mio. € ist nach den aktuellen gesetzlichen Vorgaben gesondert als Bilanzierungshilfe im Haushalt zu erfassen, quasi wie eine offene Forderung gegen künftige Jahre.

Diese vom Gesetzgeber gewählte Systematik führt dazu, dass die Schadenposition, obwohl eigentlich ein Minderertrag bzw. Schaden und keinesfalls eine positive Kapitalforderung, wie eine offene, kreditierte Forderung gegen zukünftige Generationen zu verbuchen ist.

In der vorletzten Spalte des Ergebnisplanes erfolgt dazu die ergebnisverbessernde Darstellung als außerordentlicher Ertrag.

Das ist vom Gesetzgeber derzeit so vorgegeben, trifft aber hier im Hause wie auch in anderen Städten auf deutliche Kritik, erweckt es doch buchhalterisch trotz millionenschwerer Einnahmeausfälle den unzutreffenden Eindruck einer vorhandenen Ertragsposition (die gar kein Geld beinhaltet). Die verbindlichen Verbuchungs-Vorgaben des Landes gaukeln buchhalterisch eine Ergebnisverbesserung vor, die tatsächlich aber nicht gegeben ist.

3. Ergebnisplan

Bei Aufstellung des Haushaltes wurde bei einem Gesamthaushaltsvolumen von knapp 87,5 Mio. € ein Jahresfehlbetrag von 5,5 Mio. € erwartet.

Im Ergebnisplan können unter Einbuchung aller angekündigten aber noch nicht geflossenen Kompensationen des Bundes und des Landes für die Corona-bedingten Gewerbesteuer ausfälle wahrscheinlich summenmäßig die erwarteten Erträge fast erreicht werden. Die erwarteten Erträge werden insgesamt nur rund 460 T€ hinter den Planungen zurückbleiben. Aber es gibt deutliche Verschiebungen zwischen Mindereinnahmen bei Steuern und Gebühren von summiert über 6,17 Mio. € und gleichzeitigen Mehrerträgen bei Zuwendungen und Erstattungen durch Bund- und Land. Hier werden fast 4,8 Mio. € zusätzlich – überwiegend als einmalige Kompensationszahlungen für die Steuerausfälle – erwartet.

Auf der Aufwandsseite konnte durch sparsame Haushaltsführung eine Aufwandminimierung um über 3 Mio. € oder 2,5 % des Haushaltsvolumens erzielt werden, was wesentlich zum diesjährigen Jahresergebnis beitragen wird.

Insgesamt führt dies dazu, dass das Ordentliche Ergebnis der laufenden Verwaltungstätigkeit durch die sparsame Haushaltsführung und die angekündigten Kompensationszahlungen sich gegenüber dem Planansatz verbessert. Es wird nur noch ein Defizit von – 2,36 Mio. € erwartet.

Nach Einbuchung des dargestellten Corona-Nettoschadens als Außerordentliche Ertragsposition ergäbe sich sogar ein erwarteter buchhalterischer theoretischer Jahresüberschuss 2020 von 1,48 Mio. €. Das dieser Jahresabschluss die Finanzlage der Stadt nicht annähernd widerspiegelt, ergibt sich bei einem Blick in die Stadtkasse wieder. Seit April wird durchgehend Kassenkredit im Umfang bis zu 13,5 Mio. € in Anspruch genommen, durchschnittlich zwischen 5,5 und 11 Mio. € .

4. Prognose Finanzrechnung 2020:

Deutlich größer fallen voraussichtlich Änderungen im Finanzplan der Stadt Oelde aus.

Während bei der Planaufstellung bereits ein sehr beachtliches Investitionsvolumen von rund 35 Mio. €, davon 6,7 Mio. € Grunderwerb und 23,6 Mio. € für Baumaßnahmen im Hoch- und Tiefbau sowie 3 Mio.€ für den Erwerb beweglicher Anlagegegenstände vorgesehen waren, vorgesehen waren, erhöhte sich das Volumen nochmals im Rahmen der aus 2019 übertragenen – weil verschobenen – Maßnahmen um rund 7 Mio.€. davon 3 Mio. € im Baumaßnahmen und weitere 3,2 Mo.€ beim Grunderwerb.

Der fortgeschriebene Ansatz 2020 weist daher Investitionen in der Größenordnung von 43,1 Mio. €, davon über 26,6 Mio. € für den Baubereich und 9,8 Mio.€ für den Grunderwerb aus. Dieses Finanz-/Investitionsvolumen wird die Stadt Oelde beim Grunderwerb nahezu erreichen, Die Investitionen im Baubereich bleiben mit prognostizierten 16,7 Mio. € aber – ähnlich wie bereits in Vorjahren – um rund 9,9 Mio. € hinter den Ansätzen zurück. Insgesamt werden Investitionsauszahlungen rund 10,5 Mio. € geringer ausfallen, als eingeplant.

Die getätigten Investitionen verursachen im Finanzplan dennoch einen negativen ungedeckten Saldo von rund 25 Mio. €, der anteilig durch Kreditaufnahmen noch in 2020 zu decken sein wird. Über deren Höhe gilt es sich zeitnah abzustimmen.

Zwar wird durch die Minderinvestitionen die im Haushaltsplan veranschlagte Investitionskreditermächtigung in Höhe von 28,137 Mio. € zuzüglich weitere 17,852 Mio. €

übertragener Kreditermächtigungen aus Vorjahren nicht in vollem Umfange benötigt. Zum Jahresende ist daher erstmals seit Jahren eine Nettoneuverschuldung durch Kreditaufnahme für Investitionskredite erforderlich. Dadurch wird sich Ende 2020 erstmals seit Jahren voraussichtlich keine Nettoentschuldung der Stadt Oelde ergeben. Von einem weiteren Anstieg der Kreditverpflichtungen ist zudem in den nächsten Jahren auszugehen.

Denn: aufgeschobene bzw. zeitlich verschobene Investitionen bedeuten keinen Wegfall der Erforderlichkeit der jeweiligen Maßnahme und führen nicht zu Einsparungen. Die entsprechenden Maßnahmen werden im neuen Haushaltsplan 2021 daher erneut veranschlagt werden und sich dort wiederfinden. Die extremen jährlichen Preisanstiege im Bausektor führen zu einem weiteren Anstieg der Finanzlasten ohne gleichzeitige Mehreinnahmen.

5. Im Einzelnen zu den wesentlichen Abweichungen im Finanzstatusbericht:

- **Im Personalbereich** werden rathausweit Minderaufwendungen rund 600 T € erwartet, davon
460 T € bei den laufenden Gehaltszahlungen
45 T € an die Versorgungskasse
92 T € an abzuführenden gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen

- **Im Produktbereich 01** werden Gesamt-Verbesserungen von 500 T€ erwartet, davon

Mietmehrerträge	+ 259 T €
Verkaufsmehrerträge Benningloh II	+ 59 T €
Sonstige ordentliche Mehrerträge	+ 78 T €
Weniger Gewinnausschüttung von Beteiligungen	- 235 T €
Minderaufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:	- 123 T €

 Dies sind Minderung vor allem der EDV- Beratungsaufwendungen durch Projektverschiebungen.

Ferner Minderaufwendungen bei Fortbildungsausgaben, da zahlreiche Fortbildungen Corona-bedingt ausfielen
- 43 T €

Produktbereich 03 - Schulen

Es kommt zu einer leichten Verbesserung durch den verstärkten Einsatz digitale Unterrichtsmedien und Buchlizenzen statt neu zu erwerbender gedruckter Bücher infolge der Einführung der flächendeckenden Nutzung von I-Pads im laufenden Unterrichtsbetrieb an weiterführenden Schulen.

Produktbereich 04: VHS und Stadtbücherei

Auch hier konnten die die Corona-bedingten Einnahmeausfälle durch Kompensationszahlungen Dritter und interne Gegensteuerung nahezu aufgefangen werden. Erwartete Verbesserung hier 100 T €

Zwar gab es Corona-bedingte Einnahmerückgänge aus Benutzungsgebühren von rund 106 T €, diese wurden aber ausgeglichen durch die zeitgleich nicht angefallenen Honorarkosten für Dozenten. Zudem flossen 70 T € Entschädigung für Coronaschäden durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge nach dem Sozialdienstleister-Einsatzgesetz.

Produktbereich 05 – Soziale Leistungen

Insgesamt wird in diesem Aufgabenbereich eine Verbesserung von 470 T€ erwartet. Produktbereich bleibt aber dennoch defizitär. Im Bereich des Teilhabemanagements wurden Fördermittel von 25 T € für eine ½ Stelle im Teilhabemanagement für das Projekt „Gemeinsam klappt's“ zusätzlich aquiriert, ebenso werden Mehrerträge von 150 T € bei der Abrechnung der Flüchtlingsbetreuungskosten erwartet. Erfreulich insbesondere eine höhere Erwerbsquote bei den Flüchtlingen, so dass mehr Personen als bisher nun unabhängig von Hilfe leben können und damit der Aufwand um rund 227 T € gesenkt werden kann. Da die von der SPD-beantragte Oelde Card 2020 voraussichtlich nicht umgesetzt werden kann, sind die dort eingeplanten Mittel ebenfalls noch verfügbar

Produktbereich 06 – Jugendamt

Es kommt zu Mehrerträgen von 600 T € durch die ab 01.08.2020 erhöhten Landesmittel für Kindergartenbetriebskosten, die aber 1 zu 1 an die Kindergartenträger weitergeleitet wurden und insoweit keine echte Haushaltsentlastung bewirken.

488 T€ Mindereinnahmen werden bei den Elternbeiträgen erwartet, da Corona-bedingt im Lockdown die Kitas- und Tagespflegeangebote ganz geschlossen wurden oder nur mit eingeschränktem Betreuungsumfang geöffnet waren. Entsprechend waren die Eltern für diese Zeiträume ganz oder teilweise von der Elternbeitragspflicht befreit. Etwa 120 T€ dieser Mindererträge ergeben sich aber auch aus Einkommenseinbußen, die Eltern Corona-bedingt durch Arbeitslosigkeit oder Kurzarbeit hinzunehmen hatten, was zu einer Herabstufung in den Elternbeitragsstufen führt. Teilweise erfolgte ein Ausgleich der schließungsbedingten (nicht der sich durch Gehaltseinbußen ergebenden) Elternbeitragsausfälle durch das Land, den Restanteil der Einnahmeausfälle von 180 T € muss die Stadt Oelde ungedeckt tragen.

Einnahmeverbesserungen gab es ferner bei der verspäteten Abrechnung der in Oelde angefallenen Betreuungskosten für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge (UMA). Der LWL Rheinland wird erst 2020 wesentliche Teile der vorgelegten Kostenabrechnungen aus den Jahren 2016 bis 2018 abrechnen. Im aktuellen Jahr sind zudem deutlich weniger unbegleitete minderjährige Flüchtlinge in Oelde zu betreuen gewesen; Neuzuweisungen, die Fallzahlen lagen daher unter den Annahmen, die noch bei Aufstellung des Haushaltsplanes gemacht wurden. Daher werden rund 500 T € weniger Ausgaben im Rahmen der Hilfen zur Erziehung für unbegleitete minderjährige Ausländer anfallen.

Produktbereich 10 – Baugenehmigungsgebühren

Es werden Mehrerträge von rund 315 T € erwartet.

Da die Straßenerneuerungsarbeiten im Bereich Lange Wende und Rosendahl noch nicht begonnen wurde, werden hier die etatisierten Aufwendungen für Hausanschlüsse sich zeitlich von 2020 in 2021 verschieben. Für 2020 führt dies zu einer Haushaltsentlastung von rund 525 T €.

Produktbereich 16: Allgemeine Finanzen

Die größten Abweichungen zwischen Haushaltsplan und Haushaltsansatz ergeben sich im Bereich der Steuererträge. Der erwartete Gewerbesteueransatz von 20,1 Mio. € wird Corona-bedingt in 2020 nicht erreichbar sein. Erwartet werden nur noch Erträge von 15,0 bis 15,7 Mio. € (Stand Ende Oktober 2020). Zwar ist der verbleibende Einbruch dann nicht mehr so extrem, wie im Juli mit einem Ertragsrückgang um fast 6,5 Mio. € bei einer damaligen Steuerertragserwartung von nur 13,6 Mio. € noch zu befürchten war. Die jetzige Minderertragserwartung im Gewerbesteuerbereich liegt aber immer noch bei rund minus 5 Mio. €. Entsprechend dieser erwarteten Mindereinnahmen wird aber auch weniger

Gewerbsteuerumlage und Bund und Land abzuführen sein. Hier wird eine Entlastung gegenüber der Haushaltsplanung von ca. 433 T € ergeben.

Der verbleibende Nettoausfall bei der Gewerbesteuer könnte – so der jetzige politische Beratungsstand – im Rahmen einer Kompensationszahlung von Bund- und Land teilweise ausgeglichen werden. Ein solches Vorgehen ist vom Bund bereits beschlossen und deren Umsetzung vom Land angekündigt. Es liegt auch bereits ein entsprechender Gesetzentwurf vor. Da insgesamt der landesweit zur Verfügung stehende Ausgleichstopf finanziell gedeckelt ist, ist die erhoffte vollständige Kompensation der Oelder Gewerbesteuerausfälle zwar wünschenswert, aber wohl nicht zu erwarten, denn Oelde ist bei den Gewerbesteuereinbrüchen überproportional betroffen. Im Finanzstatusbericht wird unterstellt, dass 4,02 Mio. € der Gewerbesteuerausfälle ausgeglichen werden, was schon einen deutlichen Beitrag zur Verbesserung des Jahresergebnisses 2020 bringen würde. Sollte es sogar zu einer vollständigen Kompensation der Gewerbesteuerausfälle nach dem Berechnungsmodus des vorliegenden Gesetzentwurfes kommen, könnte Oelde sogar nochmals rund 1 Mio. € mehr, also 5 Mio.€ Gewerbesteuerkompensation erhoffen. Das wäre dann noch eine leichte Überkompensation im Vergleich zum Etatansatz 2020.

Die der Stadt zustehenden Gemeindeanteile an der Einkommenssteuer sinkt in diesem Jahr leider um rund 1,575 Mio. €, während bei der Umsatzsteuer von einer Erreichung des Planansatzes ausgegangen wird.

Weil die Spielhallen für rund drei Monate Corona-bedingt vollständig geschlossen waren, wird auch hier von einem Minderertrag bei der Vergnügungssteuer von rund 45 bis 50 T € auszugehen sein.

Seit April 2020 nimmt die Stadt Oelde durchgehend Kassenkredit in Anspruch. Der kreditmäßig zu deckende Finanzierungsfehlbetrag in der Kasse beläuft sich durchschnittlich auf Beträge zwischen 8 und 11 Mio. €. In der Spitze lag er einen Tag sogar bei 13,5 Mio. €. Da die daraus sich ergebenden Zinslasten sowie die Zinsen für Investitionskredite aber derzeit günstiger sich entwickeln, als noch zum Jahresanfang unterstellt, wird der im Haushalt etatisierte Ansatz für Kreditzinsen voraussichtlich in einem Teilbetrag von rund 154 T € nicht benötigt.

Herr Drinkuth fragt nach der Höhe der Kassenkreditzinsen. Insbesondere interessiert ihn dabei, ob die Stadt Oelde angesichts des derzeitigen Zinsniveaus für die Aufnahme von Kassenkrediten etwas ausgezahlt bekäme, also damit „verdienen könne“. Herr Jathe erläutert, dass die Stadt Oelde mit der Aufnahme von Kassenkrediten noch nichts verdiene, sondern derzeit noch Kassenkreditzinsen zahlen müsse. Je nach Aufnahmehöhe und Aufnahmedauer bewege sich der Zinssatz derzeit für die Stadt zwischen 0,1 und 0,2 %. Bei dem durchschnittlichen Kassenkreditbetrag von rund 8 Mio. € im letzten dreiviertel Jahr seien Gesamtkassenkreditzinsen von rund 5 T € angefallen. Es seien daher weniger die anfallenden Kreditzinsen, als der Aufnahmebedarf als solches, der den Kämmerer besorge. Ein Kassenkreditbestand in einem derartigen Umfang dürfe nicht zum Regelfall werden, weil die Beträge irgendwann zu tilgen seien, was zu Lasten der Kassenliquidität künftiger Jahre gehe und damit die gemeindliche künftige Gestaltungsfreiheit vorbelastet.

Frau Köß möchte wissen, wie mit den Kosten für Beratungsleistungen für Maßnahmen, die in diesem Jahr nicht durchgeführt wurden, im Rahmen der Haushaltsberatungen umzugehen sei, ob diese womöglich neu einzustellen seien. Frau Köß erkundigt sich insbesondere im Hinblick auf die Beraterleistungen für die Wohnbaugesellschaft. Herr Jathe führt aus, dass

sämtliche nicht durchgeführten Maßnahmen neu veranschlagt worden seien. Er weist darauf hin, dass Mittel für die Wohnbaugesellschaft aus anderen Gründen als der Bewirtschaftungssperre nicht verausgabt wurden. Alle Mittel für Beraterleistungen, die im Jahr 2020 der Bewirtschaftungssperre unterlagen, seien in Abstimmung mit den Fachdiensten in die Folgejahre übertragen worden.

Herr Zurbrüggen erkundigt sich nach der Verbuchung der Bilanzierungshilfe, also der Corona-Nettoschäden. Herr Jathe erläutert dazu, dass die Bilanzierungshilfe, obwohl eigentlich kein Vermögenswert, sondern ein Minderertrag/Schaden systemwidrig wie Anlagevermögen auf der Bilanz-Aktivseite erfasst werde (vor dem Anlagevermögen). In 2024 sei dann zu entscheiden, wie damit umgegangen werde, entweder Ausbuchung in einer Summe gegen Verrechnung mit dem kommunalen Eigenkapital oder Auflösung der Bilanzposition zeitlich gestreckt über einen Zeitraum von bis zu 50 Jahren, ebenfalls gegen eine dann jährlich anteilige Verminderung des Eigenkapitals. Was jetzt an Corona-Nettoschäden bilanziell ausgewiesen werde, schränke daher in jedem Falle die Handlungsfähigkeit zukünftiger Haushalte ein.

Frau Bürgermeisterin Rodeheger stellt abschließend fest, dass das positive Jahresergebnis leider einen falschen Eindruck entstehen lasse. Von einem tatsächlichen Überschuss sei die Stadt Oelde leider weit entfernt.

Beschluss:

Der Rat nimmt den Finanzstatusbericht Herbst 2020 zur Kenntnis.

7. Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss B 2020/011/4675

Frau Bürgermeisterin Rodeheger trägt vor:

Der Jugendamtselternbeirat beantragt folgende Umbesetzung im Jugendhilfeausschuss der Stadt Oelde:

bisherige Besetzung	neue Besetzung
Anne-Christin Bastian Keine Vertretung	Daniel Buße-Urban Vertreterin: Anne-Christin Bastian

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde beschließt einstimmig:

Herr Daniel Buße-Urban, Herzebrocker Str. 39, 59302 Oelde, wird als Vertreter des Jugendamtselternbeirates als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss berufen. Als Stellvertreterin wird die aktuelle Besetzung Frau Anne-Christin Bastian benannt.

**8. 39. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Oelde - Erweiterung
Wibbelt-Carrée
A) Einleitungsbeschluss
B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung
B 2020/610/4653**

Frau Rodeheger verweist auf den Inhalt der Sitzungsvorlage.

Frau Köß teilt mit, dass die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen der Änderung des Flächennutzungsplanes zustimme, da eine Nachverdichtung unerlässlich sei, der damit einhergehende Bebauungsplan werde jedoch kritisch gesehen. Die geplante Bebauung sei zu dicht angesiedelt. Die Wohnbebauung dürfe nicht zu Lasten der Wohnqualität gehen, so Frau Köß. Nicht nur aufgrund der geplanten Reduzierung des Baumbestandes entstehe ein negativer Einfluss auf das Stadtklima. Frau Köß mahnt in diesem Zusammenhang den Umgang mit dem beschlossenen Klimavorbehalt bei dem Projekt an.

Herr Leson führt aus, dass das Projekt eine gute Wohnqualität mit sich bringe. Der Klimavorbehalt sei zu diesem Verfahren noch behandelt worden, jedoch sei auf der Fläche insgesamt viel Grün vorgesehen. Ferner werde das Areal autofrei sein.

Herr Rodriguez schließt sich den Bedenken von Frau Köß an, die von der SPD-Fraktion ebenso bereits im Dezember 2019 zu dem Bebauungsplan vorgetragen worden seien. Er sehe ein weiteres deutliches Problem mit Blick auf den ruhenden Verkehr, da der Investor die zu schaffenden Stellplätze pro Wohneinheit zu gering ansetze. Herr Leson teilt mit, dass bei dem Projekt zwischenzeitlich ein Investorenwechsel stattgefunden habe. Dieser Investor plane nun eine weitere Tiefgarage. Ferner werde der Stellplatzbedarf anhand der zuletzt geänderten Stellplatzsatzung errechnet.

Beschluss:

Der Rat zieht die Entscheidung gem. § 1 Abs. 2 der Zuständigkeitsordnung des Rates der Stadt Oelde an sich und beschließt einstimmig gem. § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Verbindung mit § 1 Abs. 8 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 3.11.2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Art. 2 G zur Vereinheitlichung des Energieeinsparrechts für Gebäude und zur Änderung weiterer Gesetze vom 8.8.2020 (BGBl. I S. 1728) das Verfahren zur 39. Änderung des vom Regierungspräsidenten in Münster mit Verfügung vom 30.12.1999 genehmigten Flächennutzungsplans der Stadt Oelde einzuleiten.

Durch diese 39. Änderung des Flächennutzungsplans sollen ein Teil der als Flächen für den Gemeinbedarf, Zweckbestimmung „Kirche“ bzw. „Kindergarten“ wie auch die vorhandene Fläche für Sport- und Spielanlagen, Zweckbestimmung „Turnhalle“ als Wohnbaufläche ausgewiesen werden. Hierdurch soll die planungsrechtliche Voraussetzung für die Erweiterung des Wibbelt-Carrées geschaffen werden.

Der Geltungsbereich umfasst insgesamt rund 2,1 ha. Er liegt südlich der Wibbeltstraße und westlich der Albrecht-Dürer-Straße und umfasst folgende Flurstücke der Gemarkung Oelde:

Flur 6, Flurstücke 558, 559, 598, 676 und 686

B) Beschluss zur frühzeitigen Beteiligung gemäß § 2 Abs. 2 BauGB, § 3 Abs. 1 BauGB und § 4 Abs. 1 BauGB

Gemäß § 2 Abs. 2 BauGB sind die Bauleitpläne benachbarter Gemeinden aufeinander abzustimmen. Gemäß § 3 Abs. 1 BauGB ist die Öffentlichkeit über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zur 39. Änderung des Flächennutzungsplans möglichst frühzeitig zu unterrichten. Gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sind die Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange über die allgemeinen Ziele und Zwecke und die voraussichtlichen Auswirkungen der Planungen zu unterrichten und zur Äußerung auch im Hinblick auf den erforderlichen Umfang und Detaillierungsgrad der Umweltprüfung nach § 2 Abs. 4 BauGB aufzufordern. Die Öffentlichkeit wird – sofern es vor dem Hintergrund der Corona-Pandemie vertretbar erscheint – neben der Auslegung der Unterlagen im Rahmen einer Bürgerversammlung über die Planinhalte informiert.

Im Parallelverfahren gemäß § 8 Abs. 3 BauGB erfolgt zugleich die Aufstellung des Bebauungsplans Nr.146 „Erweiterung Wibbelt-Carrée“ der Stadt Oelde.

Die Beschlüsse zu A) und B) sind gemäß § 2 Abs. 1 BauGB ortsüblich bekannt zu machen.

9. Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde; hier: Bericht der Bürgermeisterin gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung M 2020/011/4630

Frau Bürgermeisterin Rodeheger führt aus:

Grundsätzlich

Die Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde ist in der seit der letzten Änderung am 7. Dezember 2009 gültigen Fassung für alle Rats- und Ausschussmitglieder verbindlich. Die Ehrenordnung wurde aufgrund der Vorgaben des Korruptionsbekämpfungsgesetzes und der Gemeindeordnung verabschiedet, um mögliche Interessenskollisionen rechtzeitig erkennen und einschätzen zu können.

Danach sind neben den Ratsmitgliedern auch alle Ausschussmitglieder verpflichtet, schriftlich Auskunft über bestimmte persönliche und wirtschaftliche Verhältnisse (§ 1 Abs. 1 der Ehrenordnung) zu geben.

Die erhobenen Angaben der Ratsmitglieder sind teilweise gemäß § 95 Abs. 2 der Gemeindeordnung Bestandteil des Lageberichtes zum Jahresabschluss und werden jährlich im Rahmen der für den Jahresabschluss geltenden Veröffentlichungspflichten mit diesem veröffentlicht. Die Angaben der übrigen Ausschussmitglieder (soweit nicht Ratsmitglied) sind jährlich gemäß § 3 Abs. 1 der Ehrenordnung, jeweils für 14 Tage, nach vorheriger öffentlicher Bekanntmachung in den Räumen der Stadtverwaltung einsehbar.

Hinsichtlich der Einhaltung der Auskunftspflichten der Ratsmitglieder hat die Bürgermeisterin eine Berichtspflicht nach § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung. Sie hat dem Rat jährlich schriftlich Bericht zu erstatten.

Zum Stand der Umsetzung der Ehrenordnung bei den Ratsmitgliedern

Dieser Berichtspflicht Folge leistend ist festzustellen, dass die erforderlichen Angaben (siehe § 1 der Ehrenerklärung) von allen 32 Ratsmitgliedern des Jahres 2019 abgegeben wurden.

Insofern sind alle Ratsmitglieder ihrer Auskunftspflicht vollumfänglich nachgekommen. Es ist darauf hinzuweisen, dass Änderungen der Daten durch die Ratsmitglieder angezeigt werden müssen, ggfls. muss eine aktualisierte Ehrenerklärung abgegeben werden. Dabei handelt es sich um eine Bringschuld.

Die Daten der Ratsmitglieder für das Jahr 2019 sind im Rahmen des Lageberichts zum Jahresabschluss 2019 im Jahre 2020 veröffentlicht worden.

Zum Stand der Umsetzung der Ehrenordnung bei den Ausschussmitgliedern (soweit nicht Ratsmitglied)

Die Daten der Ausschussmitglieder wurden im Jahre 2020 ab dem 12. Oktober 2020 im Rathaus für 14 Tage zur Einsichtnahme vorgehalten. Durch öffentliche Bekanntmachung wurde auf diese Möglichkeit der Einsichtnahme hingewiesen. Es nahm kein Bürger Einsicht.

Beschluss:

Der Rat der Stadt Oelde nimmt den Bericht der Bürgermeisterin über die Einhaltung der Auskunftspflichten gem. § 2 Abs. 5 der Ehrenordnung des Rates der Stadt Oelde zu Kenntnis.

10. Verschiedenes

10.1. Mitteilungen der Verwaltung

Frau Bürgermeisterin Rodeheger teilt zum möglichen Glasfaserausbau in Oelde folgendes mit:

In Oelde-Nord und Stromberg haben sich aktuell 32 %, in Oelde Süd-Ost 34 % der in Frage kommenden Haushalte für einen Glasfaseranschluss ausgesprochen. Die laufende Bedarfsabfrage endet nach der Verlängerung nunmehr am 18. Dezember 2020. Frau Bürgermeisterin Rodeheger hofft, dass die erforderliche Quote erreicht wird, um damit einen wichtigen Schritt in die Digitalisierung von Oelde gehen zu können. Die Bedarfsabfrage in Sünninghausen erfolgt vom 09.01.2021 bis zum 20.02.2021. Die Kommunalpolitiker mögen bitte als Multiplikatoren fungieren.

Herr Schmid gibt einen kurzen Überblick über die aktuelle Pandemiesituation und die Fallzahlen für Oelde. Nach wie vor könne nicht von einer entspannten Lage gesprochen werden, da sich das Infektionsgeschehen sehr diffus darstelle und alle Altersgruppen betroffen seien. Im Marienhospital habe sich die Lage nach Mitteilung von Herrn Dr. Pantenburg etwas entspannt, gleichwohl sei die Intensivbetreuung der Corona-Patienten sehr belastend. Dass die Einhaltung der angeordneten Maßnahmen weiterhin dringend erforderlich sei, wurde auch von dort bestätigt.

Ferner informiert Herr Schmid über die Planungen zur Errichtung eines Impfzentrums im Kreis Warendorf, das Mitte bis Ende Dezember 2020 betriebsbereit sein soll. Er schildert die vielfältigen Anforderungen an die Grundstücke und Gebäude. Der Kreis tausche sich dahingehend mit allen Kommunen aus.

Herr Siebert möchte wissen, ob die Stadt Oelde die vom Land bereitgestellten Mittel zum

Einsatz von zusätzlichen Schulbussen in Anspruch nehmen. Frau Bürgermeisterin Rodeheger führt aus, dass in den Linien nachgebessert worden sei. Herr Jathe ergänzt, dass die Linie Oelde-Lette verstärkt worden sei. Probleme würden immer nur dann entstehen, wenn mehrere Busse für eine Linie eingesetzt seien, die Schülerinnen und Schüler sich jedoch mehrheitlich für einen Bus entscheiden, oftmals für den frühesten. Hierzu wirkten aber entsprechende Ansprachen durch die Lehrerschaft und durch die Eltern erfolgt, die scheinbar auch wirken. Die Einhaltung des erforderlichen Abstandes in den Bussen selbst könne die Verwaltung nicht sicherstellen, stehe aber im Austausch mit der RVM.

Herr Rodriguez ist es wichtig, dass ein Impfzentrum für den Kreis regional angesiedelt wird. Herr Hagemeier ergänzt, dass ausschließlich kreisbezogen geimpft werden solle, also immer ein Impfzentrum pro Kreis. Da der Impfstoff zwingend innerhalb von sechs Stunden zu verimpfen sei, sei die Logistik für ein Impfzentrum von zentraler Bedeutung. Die Terminvergabe werde digital erfolgen.

Beschluss:

Der Rat nimmt die Mitteilungen der Verwaltung zur Kenntnis.

10.2. Anfragen an die Verwaltung

Herr Hellweg bittet um Durchführung von Verkehrszählungen und Verkehrsmessungen in der Wibbeltstraße, da dort ein hohes Verkehrsaufkommen und deutlich zu hohe Geschwindigkeiten festzustellen seien. Frau Bürgermeisterin Rodeheger sagt eine Überprüfung zu.

Herr Westbrock kommt auf das Thema „Digitalpakt Schule“ zu sprechen und den zur Verfügung stehenden Förderprogrammen zu sprechen. Er bittet die Verwaltung um Klarstellung, wie weit die Stadt Oelde mit dem Abruf von Fördermitteln ist und stellt dazu im einzelnen folgende Fragen:

Welche Vorbereitungen seitens der Verwaltung wurden getroffen und welche Konzepte liegen vor, um die Mittel des Digitalpakts Schule passgenau an unseren Schulen einzusetzen?

Wann rechnen Sie mit dem Maßnahmenbeginn und der abschließenden Umsetzung der Maßnahmen aus dem Digitalpakt Schule?

Wie profitieren unsere Schülerinnen und Schüler von der Förderung durch das Sofortausstattungsprogramm mit Geräten zur Ausleihe?

Wie viele unserer Lehrkräfte sind inzwischen mit dienstlichen digitalen Endgeräten ausgestattet? Wenn die Anschaffung noch nicht erfolgt ist: Wann ist mit der Ausstattung der Lehrkräfte zu rechnen?

Frau Rodeheger teilt mit, dass der Auftrag für die iPads am 23.11.2020 erteilt worden sei. Die Umsetzung der Maßnahmen zum Digitalpakt Schule sei im vollem Gang.

Herr Jathe ergänzt, die Ausstattung mit Endgeräten für Lehrkräfte vollständig in Anspruch genommen worden und daher 327 Geräte beauftragt worden seien. In der Schülerschaft sei der Bedarf abgefragt worden, der ermittelte Bedarf werde komplett erfüllt und damit 400 Leihgeräte, inkl. Software und Zubehör beschafft. Aufgrund der hohen Nachfrage aller

Schulen nach Endgeräten würden sich Lieferengpässe ergeben. Jedoch habe die EDV der Verwaltung einen Weg gefunden, zumindest eine Teillieferung möglich zu machen.

Es sei bereits jetzt sichergestellt, betont Herr Jathe, dass alle Schülerinnen und Schüler, die ein Gerät benötigen, auch eines nutzen können.

Zum Digitalpakt 2024 teilt Herr Jathe mit, dass Oelde lediglich den halben Fördersatz erhalte, weil Oelde als finanzstarke Kommune gelte.

Die Ratsmitglieder würden in Kürze eine Gesamtübersicht über den Bedarf und die Ausstattung der Oelder Schulen erhalten. Die Stadt Oelde sei sehr gut aufgestellt, da an allen Schulen für ein WLAN Netz und ein leistungsfähiges Internet gesorgt worden sei. Aufgrund der aufgerüsteten Serverkapazitäten laufe das Portal IServ problemlos. Die Rückmeldungen der Schulleiter seien durchweg positiv.

Auf Anfrage von Herrn Ringhoff teilt Herr Jathe abschließend mit, dass sowohl Lehrerschaft als auch die Schülerinnen und Schüler bedarfsdeckend mit Endgeräten ausgestattet worden seien (327 Lehrer/innen, rund 400 Schüler/innen).

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis.

gez. Karin Rodeheger
Bürgermeisterin

gez. Andrea Westenhorst
Schriftführerin